

# Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

## Für gemeinsame Reichsliste!

Im Kabelwerk Oberspree, Berlin,  
mit 700 gegen 40 kommunistische Stimmen beschlossen

Der Arbeiterrat des Kabelwerks Oberspree in Berlin-Oberschöneweide, der aus 7 SPD- und 5 KPD-Mitgliedern zusammengesetzt ist, berief eine Belegschaftsversammlung ein, die zur Frage der Einheitsaktion gegen den Faschismus Stellung nehmen sollte. Die Versammlung wurde von über 700 Arbeitern besucht. Nachdem ein SPD- und KPD-Genosse gesprochen hatten, ging aus der Versammlung die folgende Resolution ein:

„Die überfüllte Betriebsversammlung des Kabelwerks Oberspree beschließt nach eingehender Aussprache, daß der Faschismus die größte Gefahr für die Arbeiterklasse bedeutet. Nur die Einheitsfront der gesamten Arbeiterklasse kann dieser Gefahr begegnen. Um bei der kommenden Reichstagswahl keine Arbeiterstimmen zu verlieren, empfiehlt die Belegschaftsversammlung den beiden Arbeiterparteien, dies durch

### Listenverbindung.

wie es die bürgerlichen Parteien tun, zu verhindern. Die Versammlung hält diesen Weg als den einzig möglichen und erfolgversprechenden zur wirklichen Einheitsfront der Arbeiterklasse.“

Listenverbindung ist nach dem Wahlgesetz nur in der Form möglich, daß die Kreiswahlvorschläge der verschiedenen Parteien demselben Reichswahlvorschlag angeschlossen werden, das heißt, daß die Arbeiterparteien eine gemeinsame Reichsliste aufstellen. Die Resolution des Kabelwerks fordert also dasselbe, was die SAP-Genossen von SPD- und KPD-Leitung fordern. Wir begrüßen im Interesse des einheitlichen Kampfes der Arbeiterorganisationen daher aufs lebhafteste, daß diese Resolution mit ungefähr 700 Stimmen gegen knapp 40 Stimmen angenommen wurde. Die KPD hatte eine Gegenresolution üblicher Art eingebracht, die auf „Einheitsfront — aber nur unter Führung der KPD“ hinauslief.

Da von zwölf Betriebsräten fünf der KPD angehören, dürften unter den 700 Arbeitern etwa 300 Anhänger der KPD gewesen sein, von denen also 260 für die gemeinsame Reichsliste gestimmt haben und nicht für die KPD-Resolution. Ob wohl nun bei der KPD die Einsicht kommt, daß sie mit der Sabotage des einheitlichen Kampfes nicht nur die Abwehrkraft der Arbeiterklasse untergräbt, sondern auch den Einfluß der eigenen Partei im Proletariat zerstört?

Die SPD macht es bedauerlicherweise nicht besser. Der „Vorwärts“ schreibt als Abschluß seines Artikels über die Versammlung im Kabelwerk: „Es gibt nur eine Einheitsfront, das ist die Eiserne Front.“ — So sabotiert man den Einheitswillen, der immer lebendiger in allen proletarischen Schichten wird, in sozialdemokratischen und kommunistischen Kreisen in gleicher Weise, wie die Belegschaftsversammlung des Kabelwerks aufs deutlichste zeigt. Es ist die große Aufgabe unserer Genossen der Sozialistischen Arbeiterpartei, diese Bereitschaft überall zu steigern und

überall, in Betrieben, Gewerkschaften, Sport- und Kulturorganisationen Beschlüsse herbeizuführen, die die gemeinsame Reichsliste von KPD, SAP und SPD fordern.

## KPD-Führung und Einheitsfront

Als wir die Einheitsfront forderten ...

sagte die KPD in der „R. F.“ vom 10. Januar 1932: „Die von den Seydewitz-Leuten vorgeschlagene kartellmäßige Spitzenkonventionen sind offensichtlich gegen die Einheitsfront der Arbeiter gerichtet, denn sie haben den Zweck, die rote Einheitsfront der Arbeiter mit ihren selbstgewählten Einheitsfrontorganen zu verhindern. Die rote Einheitsfront kann nur dort zustandekommen und ihre Aufgaben erfüllen, wo Klarheit geschaffen wird über die Rolle der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie als gemäßigter Flügel des Faschismus“.

Oder in der „R. F.“ vom 27. März, Artikel von Ernst Reinhard, „Die SAP, der gefährlichste Feind der proletarischen Einheitsfront“: „Gegenüber der SAP darf es für uns Kommunisten kein Schwanken geben, weil es ein Schwanken gegenüber der Sozialdemokratie wäre. Kartelle mit der SAP als Partei bilden hieße, Kartelle mit Severing, Grzesinski und Noske, Kartelle mit der Brüning-Politik, Kartelle mit den Reichsbannergenerälen, Kartelle mit den Schrittmachern des Hitlerfaschismus bilden ...“

Einheitsfront mit der SPD, wie die SAP-Führer, dieser „Vortrupp der internationalen Bourgeoisie“ es wollen — niemals! So hieß es noch vor Wochen. Damals wurden wir täglich als gefährlichste Feinde der Einheitsfront, weil wir sie richtig wollten und vorbereiten halfen, zum Frühstück verspeist. Damals klang hell die Fanfare:

Die KPD-Mitglieder dürfen sich nicht wundern, wenn kein Nichtkommunist jetzt die Einheitsfrontangebote ihrer Führung ernst nimmt oder für mehr hält als ein Manöver. Dennoch muß alles geschehen, um den Arbeiterblock zu bilden, die KPD-Führer ebenso wie die SPD-Führer müssen unter weiterem Druck gesetzt und ihre Einheitsfrontbetuerungen beim Wort genommen werden!

## JG. über Deutschland

Wie das „B. T.“ zur Vorgeschichte des Papen-Kabinetts zuverlässig erfährt, hat der Wirtschaftsminister Warmbold seinen Eintritt in das Kabinett von der Bedingung abhängig gemacht, daß zur Entscheidung über auftretende Differenzen in Wirtschaftsfragen ein Beirat gebildet wird, der aus den Herren Schmitz, Popitz und Wagemann zu bestehen habe. Diese Bedingung sei Warmbold erfüllt worden, so daß über dem Kabinett

„Nur mit der Führung der KPD ...“

„Rote Fahne“ vom 16. Dezember 1931. Leitartikel „Nach dem sechsten Verbot“: „Nur die Kommunistische Partei führt die rote Einheitsfront.“

„Rote Fahne“ vom 5. April 1932. Rede Thälmanns in Breslau: „Die Einheit des deutschen Proletariats kann nur erwachsen unter Führung der KPD unter dem Banner der kommunistischen Internationale.“

„Rote Fahne“ vom 7. April 1932. Leitartikel: „Aber wir appellieren nicht an parlamentarische Illusionen der Arbeiter, sondern wir kämpfen für ihre Zerstörung als Voraussetzung der kämpfenden roten Einheitsfront unter der Führung der KPD.“

„Rote Fahne“ vom 3. Februar 1932. Bericht über KJV-Tagung: „Die rote Einheitsfront gegen die bürgerliche Notverordnungs-diktatur, gegen Lohnabbau, Faschismus und die SPD-Führer als Hauptstützen der Bourgeoisie kann im Betrieb nur durch den gemeinsamen revolutionären Kampf aller Jungarbeiter unter Führung des KJVD hergestellt werden...“

Und so weiter, täglich früh und abends! Plötzlich wird gewendet, plötzlich darf man sich an SPD wenden, plötzlich sollen auch die SPD-Arbeiter das verstehen, plötzlich auch wie aus der Pistole geschossen ohne Vorbereitung der Mitglieder der KPD, die noch auf die alte Walze eingedrillt sind! Plötzlich ist verbrannt, was noch vor Tagen angebetet, und plötzlich wird angebetet, was noch vor Tagen verbrannt worden ist — von diesen Hampelmännern an der Spitze der KPD, die sich selbst „historische Führer“ des revolutionären Proletariats titulieren lassen. Und das schönste dabei: Sie glauben es am Ende selbst, daß sie immer schon diese Linie hatten, wie man es jetzt von ihnen in jeder Versammlung hört!

noch ein besonderes und engeres Kabinett steht, soweit es sich um die Entscheidung in Wirtschaftsfragen handelt. Besonders bemerkenswert hierbei ist die Zusammensetzung dieses Beirats: Warmbold und Schmitz sind unmittelbar Vertreter des IG-Farbentrusts, während Wagemann zu Warmbold in verwandtschaftlichen Beziehungen steht, d. h. nichts anderes, als daß die IG Farben mittelbar die Kontrolle über die Papen-Regierung ausüben.

Diese Mitteilung hat erwartungsgemäß ein Dementi, allerdings ohne ausdrückliche Bezugnahme auf das „B. T.“ hervorgerufen, das ab dem Tatbestand selbst offen läßt.

## Einheitsfront im Wahlkampf

Von Fritz Sternberg

Den Nazis ist bei der Tolerierung der Papen-Regierung nicht ganz wohl. Sie versuchen das vor ihrer Anhängerschaft dadurch wett zu machen, daß sie ihre terroristischen Angriffe gegen die Arbeiterschaft und ihre Organisationen täglich verschärfen. In gleichem Maße mit der Zuspitzung des faschistischen Terrors wächst der Einheitswille in den großen Massen der Arbeiterschaft; er wächst bereits so stark, daß die Bürokraten in den alten großen Parteien, der SPD und der KPD, ihm notgedrungen einige Konzessionen machen müssen. Hatte die KPD die Einheitsfront bisher taktisch dadurch sabotiert, daß sie keine Einheitsfront mit Organisationen eingehen wollte, sondern nur mit einzelnen Arbeitern, so hieß es nunmehr, daß man mit unteren Organisationen der SPD und des ADGB usw. gemeinsame antifaschistische Aktionsausschüsse bilden könne.

Es ist klar, daß das nicht genügt. Es ist klar, daß es nicht genügt, wenn man mit unteren Organisationen der SPD und des ADGB in Trebbin, Oranienburg und Bernau Einheitsfront macht, aber nicht in Berlin, den Großstädten, den Industrievierteln, weil dort die „oberen“ Organisationen sitzen. Notwendig ist heute, für den Kampf gegen den Faschismus, für die Durchsetzung gewisser Mindestforderungen

die Einheitsfront der großen Arbeiterorganisationen überhaupt.

Und während es bisher von der KPD als Verrat, als prinzipienloser Opportunismus ausgegeben wurde, sich an die Spitzen der SPD und des ADGB zu wenden, hat die „Rote Fahne“ nunmehr in einem Aufsatz in ihrer Freitagnummer der Sozialdemokratischen Partei und dem ADGB in Berlin eine gemeinsame antifaschistische Demonstration vorgeschlagen.

Für die SPD und den ADGB hat die Eiserne Front dieses Angebot zunächst abgelehnt. Aber die Form der Ablehnung unterscheidet sich bereits sehr wesentlich von den bisherigen Auseinandersetzungen zwischen der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei. Der Druck von unten macht sich auch natürlich immer mehr bei der sozialdemokratischen Führung geltend. Hier gilt es einzusetzen, hier hat die SAP gerade im kommenden Reichstagswahlkampf eine große Aufgabe. Die sozialdemokratischen Arbeiter bejahen jetzt in ihrer übergroßen Majorität unsere Kritik an der Tolerierungspolitik. Was wir ihnen immer wieder gesagt haben, daß durch die Tolerierungspolitik der Faschismus an der Machtübernahme nicht gehindert wird, im Gegenteil, daß man ihn dadurch stärkt, daß man um den endgültigen Kampf nicht herumkommt und daß man diesen Kampf gerade infolge der Tolerierungspolitik unter ungünstigeren Bedingungen durchführen muß, diese unsere Gedankengänge werden jetzt auch immer mehr zum Allgemeinut der sozialdemokratischen Arbei-

ter. Daher stoben sie zur Einheitsfront. Daher stoben sie zum außerparlamentarischen Kampf. Daher hat unsere Arbeit in dieser Richtung, bei ihnen einen großen Raum. Und auf der anderen Seite wird ein den kommunistischen Arbeitern immer klarer, daß durch die RGO, wie durch die sonstige ultralinke Politik die kommunistische Partei nicht unter den Betriebsarbeitern immer stärker isolierte und so unfähig zu einer Sammlung der Arbeitermassen im Kampf gegen den Faschismus wurde.

Im Reichstagswahlkampf müssen wir diese Gedankengänge überall in die breiten Massen tragen. Und wir verlangen von den alten Arbeiterparteien, daß sie, bei Wahrung ihres Gesichtes, bei Betonung ihrer prinzipiellen Gegensätze ihre

**Einheit im Kampf gegen den Faschismus** dadurch demonstrieren, daß sie eine

**gemeinsame Reichsliste zur Verwertung der Reststimmen**

aufstellen. Es geht hierbei nicht darum, daß dadurch evtl. ein Mandat mehr gesichert wird. Ein solcher parlamentarischer Kretinismus liegt uns fern. Es geht vielmehr darum, auch diese gemeinsame Reichsliste den Gedanken der Einheitsfront innerhalb der Arbeiterschaft vor aller Welt zu beweisen.

Wir hören schon den Einwand: Gemeinsame Reichsliste, Severing auf der einen und Thälmann auf der anderen Seite, das ist unmöglich. Aber wenn eine solche gemeinsame Liste unmöglich sein soll, dann wäre in gleicher Weise die Forderung der KPD an die Spitzenführung der SPD und des ADGB nach

einer gemeinsamen antifaschistischen Demonstration unmöglich, bei der doch dann auch Severing oder Wels neben Thälmann an der Spitze marschieren müßte. Die gemeinsame Reichsliste ist notwendig und wenn viele kommunistische Arbeiter dagegen Bedenken haben, so soll man ihnen die Frage vorlegen: wenn ihnen gemeldet wird, daß die faschistischen Sturmtruppen den „Vorwärts“ belagern, werden sie dann nicht selbstverständlicher Weise die Antifa veranlassen, gemeinsam mit den Reichsbannerkameraden gemeinsam mit unserem Schutzband den „Vorwärts“ gegen faschistischen Terror zu verteidigen?!

Die SAP geht in den Reichstagswahlkampf mit eigenen Listen unter der Parole der Einheitsfront der Arbeiterschaft, der u. a. durch die gemeinsame Reichsliste der großen Arbeiterparteien und der SAP nach außen eine deutliche Dokumentierung erfahren soll. Notwendig aber ist es, daß unsere Genossen in den Betrieben, auf den Stempelstellen, in den Häuserblocks die Arbeiterschaft für diese Parole zu gewinnen suchen. Die bisherigen Erfahrungen sind durchaus günstig. In Berliner Bezirken, in denen einige unserer Genossen die Arbeit aufgenommen haben, haben sie in wenigen Stunden hunderte von Unterschriften von Arbeitern, die nicht bei uns organisiert waren, für diesen Wahlblock mit einer gemeinsamen Reichsliste gewinnen können. Einheitsfront gegen den Faschismus bei dem Aufmarsch zu den Reichstagswahlen — das ist die Parole, die den Elan und die Aktivität unserer Partei vervielfältigen wird.

## Denkt an Mussolini!

Schafft die aktive proletarische Front!

Von Feroci.

Den folgenden Artikel entnahmen wir der „Permanent Revolution“, dem Organ der Trotzkiisten. Er stammt vom Genossen Feroci, der bis 1928 zu den führenden Mitgliedern des ZK der italienischen Kommunisten gehörte. Der Vergleich mit den kommunistischen Fehlern in der Zeit vor Mussolinis Marsch auf Rom ist besonders bedeutungsvoll. Man denke nur an den vor wenigen Tagen gefaßten Beschluß des ZK der KPD, in dem noch immer die Sozialdemokratie als der Hauptfeind bezeichnet wird. Allerdings teilen wir nicht den aus den Zeilen Ferocis sprechenden Glauben, daß die KPD von sich aus in der Lage sei, noch rechtzeitig ihren verderblichen Kurs zu ändern. Sie muß dazu durch eine starke, revolutionäre proletarische Kraft gezwungen werden, und dieses Ziel gerade verfolgt die Sozialistische Arbeiterpartei, indem sie von sich aus in allen wesentlichen Punkten in der von Feroci aufgezeigten Linie wirkt.

Jeder Tag, der verrinnt, hat für die deutsche Arbeiterklasse die Bedeutung einer entscheidenden Etappe für die Zukunft seiner Freiheit und seiner Existenz. Weg mit allen Illusionen, allem Zaudern! Die Regierung von Papen hat vom Moment ihrer Machtergreifung eine Herausforderung an die Arbeitermassen ausgesprochen, die eine wahrhafte Kriegserklärung ist. Unglücklich die, welche noch an die Möglichkeit glauben, den großen Kampf zu vermeiden. Unselig die Armee, welche zurückweicht, wenn die Stunde des Gegenangriffs geschlagen hat.

In dieser Stunde muß die ganze Arbeiterklasse, müssen alle Ausgebeuteten, alle, welche nicht elender als Sklaven werden wollen in den Händen ihrer Ausbeuter,

**sich als eine Armee auf Kriegsfuß betrachten.**

bereit zu jedem Kampf, zur Verteidigung ihres täglichen Brots und ihrer Freiheit. Kampf oder Tod, so steht unausweichlich die Frage.

Die Bourgeoisie, das Großkapital, die Großgrundbesitzer werfen ihre letzte Maske ab, sie gehen zum direkten Angriff gegen ihre „Demokratie“ über. Die „Wrangels“, die Zerstörer des „Parlaments“ und der „Konstitution“, der Liberalen von 1849, die heute den Galgen errichten, heißen Schleicher und Hitler. Die deutsche Sozialdemokratie bezahlt die Folgen ihrer konterrevolutionären Politik, so wie die Liberalen von ehemals, die bei der Niederwerfung des revolutionären Volkes geholfen haben.

Aber die Lage ist noch günstig zur Rettung. Wenn die Konterrevolution auch Boden gewonnen hat, ihre Gegenkräfte sind noch ungeheuer und fähig, einen radikalen Umschwung der Situation herbeizuführen. Das Wesentliche ist es, das zu wollen. Und man kann diesen Umschwung nicht wollen, wenn man nicht ein klares Bild der Perspektiven besitzt. Man erinnere sich des Beispiels des

**Faschismus in Italien.**

Alle die, welche die Wachsamkeit der Massen einzuschläfern suchen, indem sie ihnen die traurige Erfahrung des italienischen Volkes verbergen, verraten nur die Sache des deutschen Proletariats.

Was hatte der Faschismus den italienischen Massen versprochen? Er hatte ihnen im Kampf gegen den Bolschewismus versprochen, das Land zu sanieren, das Staatsbudget, die Lebensbedingungen der Kleinproduzenten, der kleinen Händler, der Bauern. Aber in Wirklichkeit hat er die vollständige Ausraubung der Arbeitermassen, die grimmigste Tyrannei des Großkapitals und der Großgrundbesitzer durchgeführt. Und die Sozialdemokratie und die demokratischen Parteien, was haben sie von ihrer Hilfe bei der Vernichtung der revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse gehabt?

Der Faschismus kann keine Form der Teilung in der Kontrolle des Lebens, des Landes und des Staates dulden. Der Faschismus hat das Monopol für das Großkapital auf alle Mittel der Ausbeutung und Kontrolle der Arbeitermassen. Es ist ihm unmöglich, auf halbem Wege stehen zu bleiben. Ebenso wird er

**nur durch eine konsequente revolutionäre Aktion geschlagen werden.**

Für seine Hoffnungen auf den „verfassungstreuen“ König, für seine Hoffnung, daß der Faschismus den Weg der „Normalisierung und Parlamentarisierung“ betritt, ist Turati im Exil in Paris gestorben; Matteotti ist lange vorher gefallen, ermordet von den Schwarzhemden. Lehrt diese Erfahrung der italienischen Sozialdemokratie denn die deutsche Sozialdemokratie nichts? Will sie noch immer auf dem Boden der „legalen“ und „friedlichen“ Mittel bleiben, während die „Demokratie“ verschwunden ist, hinweggefegt durch die besitzenden Klassen, welche gegenwärtig offen zur Gewalt und Gesetzlosigkeit zurückkehren?

Es handelt sich nicht mehr um eine Wahl, denn es gibt

**nur mehr einen Ausweg.**

Der Weg des revolutionären Kampfes ist der einzige, der dem Arbeitervolk zur Verteidigung seiner Eroberungen und seiner „demokratischen“ Freiheiten bleibt. Die deutsche Sozialdemokratie, wird sie aus blindem „Pazifismus“ sich dahin treiben lassen, wohin die italienische Sozialdemokratie gestürzt ist, nachdem sie von Verzicht zu Verzicht gesunken war? Und die Kommunistische Partei Deutschlands, will auch sie der Erfahrung der Kommunistischen Partei Italiens nicht Rechnung tragen? Ausgehend von der falschen Perspektive der „Annäherung“ der Sozialdemokratie und des Faschismus (Theorie vom Sozialfaschismus), ausgehend davon, daß der faschistische Staatsstreik besser für den Kommunismus werben würde, als die Täuschung des Parlamentarismus und der Demokratie, war die Kommunistische Partei Italiens unfähig — trotz des Geistes von Opfermut und Entschlossenheit, den sie in der Arbeiterklasse im Laufe des bewaffneten Kampfes zu entwickeln verstand — als „dritter Faktor“ im Kampf zwischen Demokratie und Faschismus einzugreifen, um diesem Kampf eine proletarische Lösung zu geben, die einzige Lösung, die dem Arbeitervolk seine Freiheiten und seine Eroberungen garantieren kann. Die deutsche Kommunistische Partei, die ganze deutsche Arbeiterklasse dürfen nicht aufhören, sich die traurige Erfahrung des italienischen Proletariats vor Augen zu halten.

(Schluß folgt.)

## Reichsexekutive gegen Süddeutschland

Das Uniformverbot Badens und Bayerns und die energische Entfernung der bayerischen Naziabgeordneten aus dem Landtag nimmt die faschistische und die Papen-Regierungsprozedur zum Anlaß einer wilden Hetze für die Reichsexekutive gegen Süddeutschland. „Wo bleibt die Reichsexekutive?“ schreit die Angriffsschlagzeile, die Gönner Hindenburg und Gayl werden mit Telegrammen bombardiert, „Verfassungsbeschwerden“ gegen den Angriff auf die „treuesten Hüter des Reichsgedankens“ (siehe Fricke Thüringen und Klaggstein!) ist eingeleitet, und das Korodiorgan des Reichwehrgenerals Stülpnagel, die „Berliner Börsenzeitung“ der Geldsücker verkündet mit einem Bombenangriff gegen die badische und bayerische „Provokation“, gegen die „Rebellionsgelüste der badischen Provinzessaren“, gegen die „Ausbreitung der Meuterei“...! Das streng nationale Blatt tobt zugleich gegen die frommen Zentrumsleute „bayerischer und hessischer Abkunft“ (!), von denen man nichts anderes erwarten konnte wie diese Meuterei.

Die Vorbereitung der Reichsexekutive wird etwas antiquarisch, wie man sieht, aus dem Arsenal der mittelalterlichen Fürstenkriegspropaganda — die Welfen, die Waiblingen — bestritten. Deshalb ist die Sache nicht weniger ernsthaft und bedeutsam. Der Faschismus und sein willfähiges Werkzeug, die Papenregierung, werden nicht zurückscheuen, nach der nötigen Vorbereitung die Reichsexekutive — welche Wandlung seit 1928, wo sie gegen das rote Mitteldeutschland eingesetzt wurde! — gegen die zwar stockkonservativ, aber aus föderalistischen Gründen gegenwärtig antifaschistisch geführten süddeutschen Länder marschieren zu lassen. Eine Länderkonferenz der Papendiktatur ist bereits für Mittwoch einberufen. Aufgabe der Arbeiterklasse ist es, mit dem Hinweis auf die Gefahr der Reichsexekutive die proletarische Einheitsfront zu stärken.

## „Reichsbanner marschiert“

Nachdem das SA-Verbot aufgehoben worden ist, stellt sich jetzt auch das Reichsbanner mit einem großen Aufruf wieder auf den Plan, wobei u. a. folgende Losungen aufgestellt werden:

„Gegen die Organisation einer Terrorarmee setzen wir den Entschluß, die neu entstandene Bürgerkriegspsychose zu brechen.“

Gegen die Zerspaltung der Nation setzen wir die Liebe zum deutschen Volk.

Gegen das Wortchristentum setzen wir die tätige Hilfe für die Mühseligen und Beladenen.

Gegen die Herrschaft von Interessentengruppen steht unsere Bereitschaft zum Dienst am Volksganzen!“

Wir bezweifeln, daß dies die Losungen sind, die die Reichsbannerkameraden heute erfüllen. Sie haben drückendere Sorgen als die „Bereitschaft zum Dienst am Volksganzen“ zu dokumentieren. Sie marschieren gegen die soziale und politische Knechtung der Arbeiterklasse und kennen oder dürfen nur kennen das Wohl des Proletariats.

## Geschlossen vorwärts! Gegen Zersetzungsarbeit der KPD

Die „Rote Fahne“ vom 18. Juni veröffentlicht die vom Genossen Lustig in der Groß-Berliner Funktionärversammlung abgegebene Erklärung. Die Funktionärversammlung beschloß, wie wir schon mitteilten, die Bezirksleitung zu beauftragen, die Genossen schnellstens aus der Organisation auszuschließen. Die Bezirksleitung hat sich an die Genossen auftragsgemäß mit der Aufforderung gewandt, sich zu erklären, ob sie nach wie vor zu dieser Erklärung stehen. Die Führungsnahme mit diesen Genossen ist noch nicht abgeschlossen. Die Berliner Unterzeichner der Erklärung teilen uns mit, daß sie mit dieser Veröffentlichung in der „Roten Fahne“ nicht einverstanden sind, sie aufs schärfste verurteilen. Ebenso verurteilen sie aufs schärfste die von ihnen nicht veranlaßte Verbreitung dieser Erklärung.

Die Funktionäre der Schöneberger Ortsgruppe hatten in ihrer Funktionärversammlung vom 15. Juni in einer Resolution zu den innerparteilichen Angelegenheiten Stellung genommen. Die Resolution lautet:

„Zu dem Austritt der bisherigen Mitglieder Düby und Genossen erklären die Funktionäre ihre volle Übereinstimmung mit dem Beschluß der Groß-Berliner Funktionärkonferenz. Der Schritt dieser Genossen bedeutet eine absolute Bestätigung der politischen Stellungnahme der überwältigenden Mehrheit der Mitgliedschaft der Ortsgruppe Schöneberg-Friedenau zu der seinerzeitigen Herausgabe der „Generallinie“.“

Zu dem Fall Lustig, Roemer und Genossen betrachten wir das Auftreten dieser Genossen in der Groß-Berliner Funktionärkonferenz als eine unerhörte Provokation, bei der die organisatorischen Folgen bewußt herbeigeführt und unvermeidlich waren. Obwohl gerade unsere Ortsgruppe von dem Verhalten dieser Genossen besonders betroffen ist, werden wir nun mit verdoppelter Anstrengung und Energie an der Erreichung des uns gesteckten Zieles arbeiten. Wir sind von der Richtigkeit der von uns vertretenen politischen Auffassung so fest durchdrungen, daß uns auch die Kapitulationstendenzen einzelner Genossen nicht im geringsten erschüttern können.

Wir fordern insbesondere alle Genossen, die bisher unseren Warnungen nicht glaubten und die politisch den oben erwähnten Genossen gefolgt sind, auf, die verhängnisvollen Konsequenzen der politischen Auffassung der Genossen um die bisherige Rückfraktion zu erkennen und sich mit uns gemeinsam für die Erreichung unserer praktischen Aufgabenstellung und die Stärkung unserer Organisation einzusetzen.

Mit der gleichen Entschiedenheit verurteilen wir selbstverständlich auch das organisationserschädigende Verhalten der Genossen um Theodor Liebkecht, Küster und Genossen und erwarten vom Parteivorstand sofortige Maßnahmen, um eine weitere Herausgabe des Fraktionsorgans „Freiheit“ zu unterbinden.“

In gemeinsamer kameradschaftlicher Zusammenarbeit werden wir auch in unserem Be-

\*) Dabei erneuern wir unsere früher erhobene Forderung nach vollständiger Liquidierung aller Fraktionen innerhalb der Partei.

zirk alles daran setzen, um an der Errichtung einer kämpfenden proletarischen Einheitsfront zu wirken.“

Durch die oben wiedergegebene Erklärung der Unterzeichner der Erklärung Lustig, dürfte der Konflikt, der seinen Niederschlag in dieser Resolution der Schöneberger Funktionäre gefunden hat, wohl in neue Bahnen gelenkt sein, die im Interesse der Partei und ihrer großen historischen Aufgabe nur zu begrüßen sind.

Die Charlottenburger Funktionäre, die ebenfalls in ihrer Mässheit die Aufstellung von eigenen Listen abgelehnt hatten, haben in einer Funktionärversammlung am 17. Juni nochmals zu dem Beschluß der Groß-Berliner Funktionärversammlung Stellung genommen. Schon auf der Groß-Berliner Funktionärversammlung lehnten die Genossen die vom Gen. Lustig gegebene Erklärung ab. Auf der Funktionärversammlung in Charlottenburg wurde nach ausgiebiger Diskussion, an der auch der Genosse Max Köhler als Vertreter der BL teilnahm, einstimmig bei drei Enthaltungen folgende Resolution angenommen:

„Die Funktionäre der Ortsgruppe Charlottenburg erklären sich bereit, trotz Bedenken, sich an der Wahlarbeit für die SAP zu beteiligen.“ Die Charlottenburger Genossen haben damit zum Ausdruck gebracht, daß sie in der SAP die Partei sehen, die historisch notwendig ist, und deren Reihen man nicht leichtsinnig verlassen kann, wenn man den Kampf um die Wiedergesundung der Arbeiterbewegung führen will.

Die Berliner Organisation wird mit verstärkten Kräften an die Arbeit gehen um die Scharte auszuweizen. Gerade die letzten politischen Maßnahmen der KPD-Bezirksleitung haben gezeigt, daß die SAP auf dem richtigen Wege ist. Auf diesem Wege gilt es trotz der Fahnenflucht einiger Genossen, unbeirrt und zielsicher weiter zu arbeiten.

## Vollkonferenz auf Dienstag vertagt

In der geheimen Nachmittagsitzung der Konferenz am heutigen Freitag gaben die Vertreter von Belgien, Japan, Rumänien, Südslawien und Australien Erklärungen über den Standpunkt ihrer Regierungen zu der Reparationsfrage ab, die im allgemeinen die bekannten Auffassungen der einzelnen Länder wiedergeben. Ohne weitere Aussprache wurden sodann die Verhandlungen auf Dienstag vertagt. Die sechs einladenden Großmächte treten am Montag zu einer vertraulichen Besprechung zusammen. Die Zeit bis zu der nächsten Vollversammlung am Dienstag soll ausschließlich den privaten Verhandlungen zwischen den Ministern gewidmet sein. Der Reichskanzler von Papen und der französische Ministerpräsident Herriot empfangen gesondert die Weltpresse.

## Oberst Grove wird verbannt

TU. Santiago de Chile, 18. Juni 1932

Die neue chilenische Regierung hat beschlossen, Oberst Grove zu verbannen.

# Diktator Hunger

Die Bajonette, die heute gegen die organisierte Arbeiterklasse aufgerichtet werden, sind aufgepflanzt auf den Massengräbern der verhungerten Arbeitslosen, der Rentner und Kriegshinterbliebenen, die der niedergehende Kapitalismus ihrer kümmerlichen Rentenpennige beraubte, der tuberkulösen Kinder, denen die Milch, das Brot, das Bett fehlte. Nie könnte der Faschismus zur Macht kommen, wäre ihm nicht ein mächtiger Bundesgenosse vorausgegangen, der heute ganz Europa regiert, der

## Herrscher Hunger

Nicht nur Deutschland ist das Herrschaftsgebiet des Diktators Not geworden, auch aus anderen Ländern Europas kommen die furchtbarsten Berichte, aus Gegenden, in denen die Industrie, die Existenzgrundlage der Massen, versumpft und nichts übrig läßt als verhungerte Massen. Wir bekommen einen neuen Bericht aus der „Wiener Arbeiterzeitung“ aus Niederösterreich, wo die sozialdemokratische Partei

Riesendemonstrationen gegen den Hunger veranstaltete. Wir geben einige Auszüge wieder.

## Katzenfleisch — ein Leckerbissen

„Durch die österreichischen Elendsreviere weht ein scharfer Wind. Zehntausende sind seit Jahren arbeitslos, wissen seit Jahren nicht, wovon sie leben sollen. Ihre Kleider sind Fetzen, kläglich zusammengeslickt, Lappen an Lappen gestückelt. Wäsche und Schuhe sind ein Luxus. Ihre Nahrung besteht aus Brot, Katzenfleisch, Hundefleisch; täglich trockenes Brot, und nicht einmal davon genug, und was die Frauen bei den Bauern zusammenbetteln, die selber arm sind und obendrein gegen die „Roten“ aufgezett wurden. Gelegenheitsarbeit gibt es nicht: in den Wäldern sammeln sie dürres Holz und im Sommer suchen sie Pilze, das ist alles. Um Pilze zu finden, müssen sie schon vor Morgengrauen hinausgehen, denn Tausende machen Tausenden Konkurrenz, jeder will einmal ein, zwei Schilling verdienen. Sie schlafen in Kisten, sie schlafen auf Stroh — und für die engen Wohnhöhlen können sie kaum den Mietzins bezahlen. Die Wochenmiete von 1,50 bis 2,50 Schilling wird nur mit Mühe zusammengescharrt. Dafür gibt es weniger Brot, wenn die Kinder hungrig sind, dafür gibt es keinen Tropfen Milch, auch für die Säuglinge nicht, deren Mütter so schwach und unterernährt sind, daß sie die Kleinen kaum nähren können. Die Väter kommen heim und sehen die blasse Hoffnung der Kinder: Hat er vielleicht etwas mitgebracht? Sie kommen mit leeren Händen und laufen wieder fort, einen hohlen Schmerz im Körper, dort, wo andre den Magen haben, streichen zitternd vor Hunger umher, schlagen eine Katze tot, um ihr das Fell abzuziehen und das zähe Fleisch zu braten. Und manchmal schnürt sich einer den Hosenträger, wenn er ihn nicht mehr enger schnallen kann, um den Hals, manchmal schneidet sich eine Frau die Adern durch — so leben, so sterben die Arbeitslosen von Niederösterreich.“

Die Verzweiflungsschreie hungernder Menschen wurde jahrelang von den Besitzenden nicht gehört. Als Erwerbslosendemonstrationen und Hungerrevolten auszubringen begannen, glaubten sie, die so fleißig das Hungertuch gewebt haben, Polizeiknüppel und Bajonette, Hakenkreuz und Generalsuniform würden den sichersten Wall gegen sie bilden. Man verschließt Augen und Ohren vor dem wirklichen Elend, man schweigt es tot, um die Öffentlichkeit nicht zu „beunruhigen“.

Nur selten einmal beschäftigen sich die Spalten der bürgerlichen Presse mit dem Hunger der Massen, die für sie nur Objekte der „großen“ Politik sind, die sie so eifrig in ihren Spalten betreiben. Vor ein paar Tagen brachte eine Berliner Zeitung einen

**Notschrei der böhmischen Glasarbeiter** der uns ein Volk zeigt, das im Sterben liegt. Weltberühmt waren einst die kunstreichen Glasprodukte der böhmischen Heimarbeiter, in ganz Europa waren sie begehrt, aber auch in Amerika, in Japan, Indien und China, von wo sie als „echt indisch“ zurückbefördert wurden. Heute will sie kein Mensch mehr haben. Die Presser und Gürtler, die Schleifer und Maler, die mit ihren Familien Vasen und Ketten, Gebrauchsgegenstände und glitzernden Schmuck herstellen, sind arbeitslos geworden oder bringen an den Ablieferungstagen nur ein bescheidenes Päckchen neuer Ware zu ihrem Exporthaus. Man hört so bei einem Besuch im Zentrum dieses Gebiets, in dem hübschen Gablonz, nur Klagen darüber, daß von vielen großen Firmen, die alle Erdteile mit Gablonzer Glaswaren versorgten, ganz wenige übriggeblieben sind.

In den kümmerlichen Hütten der Heimarbeiter findet man die Ueberbleibsel der vergangenen Pracht, bunte Halsketten, glitzernde Nadeln und Armreifen, schillernde Vasen und Teller. Aber die Teller sind leer, kein Stück-

chen Brot ist auf ihnen zu finden, und die Kinder mit bunten Ketten um den Hals und flirrenden Reifen um den Arm haben kein Hemd unter dem durchlöchernten Kleid.

## Bildet die Front gegen den Hunger!

Den Notschrei dieser hungernden, dahinsiechenden Menschen wollen die Regierenden nicht hören. Verbote, Terror und Bajonette sollen ihn zum Schweigen bringen. Sie waren still, allzu lange still. Aber sie erwachen. In der „Wiener Arbeiterzeitung“ lesen wir davon: „Die letzte Schurkerei der Reaktion, der



„Deutschland, wir weben dein Leichentuch, Wir weben hinein den dreifachen Fluch!“

## Matuschka

Wien, 18. Juni.

In den späten Abendstunden wurde das Urteil im Matuschka-Prozess gefällt. Es lautet: Matuschka wird wegen Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit durch hohle Handlungen unter besonders gefährlichen Umständen zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt, verschärft durch Fasten und hartes Lager an den beiden Tagen der Begehung der Attentate. Die Untersuchungshaft wird angerechnet; außerdem hat Matuschka den Bundesbahnen einen Schadenersatz von 4199 Schilling zu leisten. Nach Verbüßung der Strafe wird Matuschka des Landes verwiesen.

Matuschka hat das Urteil ohne Anzeichen großer Erregung aufgenommen. Nach erfolgter Rechtsbelehrung fragte der Vorsitzende, ob Matuschka sich bezüglich des Urteils mit der Verteidigung besprechen wollte. Matuschka erklärte dazu: „Mein einziges Ziel war, was ich vertreten! — Bis mein letztes Herzklopfen.“ Dann begab er sich ruhig auf seinen Platz zurück.

Diese schwere Strafe — die höchste, die nach dem Gesetz überhaupt möglich ist — wurde von dem Gericht mit der Begründung ausgesprochen, daß

Matuschka kein Geisteskranker, sondern ein Simulant sei. Er habe lediglich aus Gewinnabsichten gehandelt.

Geisteskrank im Sinne der Psychiatrie oder nicht — das ist hier nicht die entscheidende Frage. Das Urteil ist hart, aber Matuschka hat viele Menschenleben auf dem Gewissen, er ist ein Schädling der Gesellschaft. Das ist sicher. Ebenso sicher ist aber auch, daß er ein gescheiterter, ein entgleister Mensch ist. Seine eigene innere Entgleisung ist die Ursache dafür, daß er Züge, daß er andere Menschen zur Entgleisung brachte. Die Psychiater bezeichnen ihn als ehrgeizig, phantasiereich, übersteigert. Das mag richtig sein. Aber erwiesen ist auch, daß dieser Geisteszustand sein ruhiges Gleichgewicht und sein unauffälliges Leben, das er als guter Familienvater führte, erst erschüttert hat, als seine geschäftlichen Erfolge zu Ende waren, als er materiell zusammenbrach. Erst da brach sein Ehrgeiz und seine Erfolgsucht hervor, erst da wurde er zum Verbrecher.

Furchtbar muß auf ihn das Kriegserlebnis gewirkt haben. Mit wahrer Wollust wütete er im Gerichtssaal in der Erinnerung an den Anteil, den er selbst an dem großen Morden hatte. Der Gedanke an die Hetaikomben von blutigen Menschenleibern, die seine Maschinengewehre dahingemäht haben,

kühle Befehl zum Massenmord, der „Aussteuerung“ heißt, hat die Kruste der Apathie gesprengt: in heißer Leidenschaft, in düsterer Kampfschlossenheit richteten die Arbeitslosen sich auf und schrien den Herren ihr „Genug!“ entgegen. Der Hunger marschiert in Riesenkolonnen, er trägt rote Fahnen in den Fäusten und grellen Haß im Antlitz. Gegen diesen Hunger und diesen Haß sind Bajonette und Maschinengewehre ein schlechter Damm: die Arbeitslosen haben keine Angst vor dem Eisen und keine Furcht vor dem Tod. Nicht die Gendarmerie und nicht die Polizei, sondern ihr einzigartiges Verantwortungsgefühl für das Schicksal der Arbeiterbewegung hat sie bisher vor furchtbaren Ausbrüchen zurückgehalten. Wenn man sie zum Tode verurteilt, werden sie das nicht apathisch zur Kenntnis nehmen — und man könnte dem Minister für soziale Verwaltung nur raten, einmal sein Büro zu verlassen und in die Arbeitslosenreviere zu gehen. Er wird dort seine Wunder erleben...“

Diktator Hunger hat auch in Deutschland sein Reich etabliert. Er kam als Todfeind der Arbeiterklasse, mit Terror und Hakenkreuz und Polizeikrüppel. Aber er wird Bundesgenosse des Proletariats werden, der mächtigste Antrieb im Kampf gegen den Faschismus, wenn alle Verletzten, Hungernden und Darbenden geschlossen erklären: Es ist genug! Sie werden nicht ruhig dahinstehen, sie werden nicht widerstandslos morden lassen, sie werden die Stunde ergreifen lernen, die ihnen sagt, daß sie alle, mit welchem Parteituch und immer, den gleichen Hunger, das gleiche Schicksal haben. Was allem guten Willen und aller Einsicht nicht gelang, das wird der Diktator Hunger erzwingen: die geschlossene proletarische Einheitsfront gegen die Bajonette des Faschismus.

entfesselte seine wüsteste Phantasie. Im Krieg erst hat das Leben und die Lebensvernichtung für ihn den Sinn bekommen, den er dann in seiner furchtbaren Tat betätigt hat.

Der jetzt als Unmensch vor dem Gericht und der Öffentlichkeit stand, weil er zwanzig Menschen in die Luft gesprengt hat, war das Heldenideal derselben, die heute über ihn zu Gericht saßen, als nicht zwanzig, als zwanzig Millionen Menschen planmäßig in die Luft gesprengt wurden.

Der einzelne hat nun seine Strafe. Er mußte sie bekommen. Aber straflos und hoch geachtet sind noch immer die Träger dieser Gesellschaft, die die Schuld trägt an der Verirrung des einzelnen. Das darf bei der Beurteilung des Falles Matuschka, über den die Akten nun geschlossen sind, nicht vergessen werden.

## Gegen diesen Bescheid...

Hochbetrieb herrscht in dem Sägewerk von C. W. Meyer.

Jahraus, jahrein arbeitet Johannes Schröder, ein Mann von 44 Jahren, in dem Sägewerk von C. W. Meyer — jahraus, jahrein ladet er mit mehreren Kumpeln die Baumstämme auf die Loren und fährt sie zu dem Gatter, von wo sie zu Brettern oder Balken geschnitten, nach dem Holzstapelplatz gefahren werden.

Heute ist ein besonders schwerer Tag. Eine Berliner Firma hat Eichenbretter bestellt. Riesige Eichenstämme, manche im Gewicht von 150 Zentner, sollen auf Loren geladen und dem Gatter zugeführt werden. Alle Kraft muß angewandt werden, um diese Riesenstämme auf die Lore zu bekommen.

Johannes Schröder fühlt sich seit einigen Tagen nicht wohl, er fürchtet krank zu werden und seine Arbeit zu verlieren. Heute ging es nicht mehr weiter, die schweren Stämme haben seine letzte Kraft in Anspruch genommen, ohnmächtig mußten die Kumpeln ihn vom Platz nach Hause tragen.

Der Arzt stellte Ueberanstrengung fest und verordnete drei Tage Ruhe. Die drei Ruhetage vergingen, aber in seinem Befinden war keine Besserung eingetreten. Vom Arzt gesund und arbeitsfähig geschrieben, nahm Schröder wieder seine Arbeit auf. Trotz seines gesunden, beinahe blühenden Aussehens fühlte er sich sterbenskrank. Nach einigen Tagen schwerer Arbeit mußte Schröder wieder ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Auf Veranlassung der Krankenkasse wurde er von einem Vertrauensarzt untersucht und der Kasse als Drückeberger gemeldet.

Fünf Wochen arbeitete er nun wieder auf

seiner Arbeitsstelle. Der einsichtsvolle Platzmeister gab ihm leichte Beschäftigung und doch kam, was durch rechtzeitige ärztliche Hilfe vermieden wäre, der völlige Zusammenbruch. Auf einem hohen Bretterstapel stehend, bekam Schröder einen Schwindelanfall und stürzte hinab, riß einige Bretter an, welchen er Halt suchte, mit, und zog sich dadurch noch Verletzungen zu.

Nun fand Schröder Aufnahme im Krankenhaus und wurde vom Arzt nicht als Drückeberger, sondern als Kranker behandelt. Der Arzt zweifelte, daß Schröder noch arbeitsfähig werden könnte und gab ihm deshalb den Rat, bei der Landesversicherung um Invalidenrente nachzusuchen. Auf seinen Antrag verfügte die Landesversicherung seine Ueberführung in die Klinik zur genaueren Untersuchung. Hier wurde festgestellt, daß Schröder zuckerkrank ist und seine Erwerbsunfähigkeit wurde auf 50 Prozent geschätzt. Er hatte, da noch nicht zwei Drittel erwerbsunfähig, keinen Anspruch auf Invalidenrente.

Drei Monate sind vergangen. Schröder, dem man eine Invalidenrente nicht gewährte, schloß seine Augen für immer und hinterließ eine Witwe mit drei unversorgten Kindern.

Für die drei Kinder gewährte die Landesversicherung eine Waisenrente von 27 Mark, während die Witwe keinerlei Rente erhält. Das Wohlfahrtsamt zahlt an Sozialrente 42 Mark, 69 Mark Rente im Monat und 20 Mark für eine Aufwartestelle gewährleisten ein bescheidenes Auskommen, bis die Notverordnung vom 9. Dezember 1931 neue Not und neues Elend schuf. Hart wurde die Witwe Schröder durch diese Notverordnung betroffen.

Nun erhält sie 9 Mark von der Landesversicherung und 14 Mark vom Wohlfahrtsamt und hat mit ihren 20 Mark für die Aufwartestelle monatlich 43 Mark gegen 89 Mark vor der Notverordnung.

Einsprüche beim Wohlfahrtsamt gegen den Abzug von 28 Mark wurden mit folgender Begründung beantwortet:

„Auf Ihren Einspruch vom ... teilen wir Ihnen mit, daß es dem Wohlfahrtsamt der allgemeinen finanziellen Notlage wegen nicht möglich ist, Ihrer Bitte um Belassung der Sozialrentenunterstützung für Ihre Kinder Franziska und Franz in Höhe von zusammen 28 Mark, zu willfahren.“

Gegen diesen Bescheid steht Ihnen das Recht des Einspruchs innerhalb zwei Wochen bei uns zu.“

## Frau Dr. Kienle geflohen?

Eine Berliner Abendzeitung meldet, daß die Aertzin Frau Dr. Kienle, gegen die das bekannte Strafverfahren wegen § 218 schwebt, mit unbekanntem Ziel ins Ausland geflüchtet sei. Die Staatsanwaltschaft hat alle erforderlichen Maßnahmen getroffen, um ihrer habhaft zu werden.

## Revision im Abel-Prozess

München, 18. Juni 1932

Der Verteidiger des vom Schwurgericht München wegen Meineides am Montag zu einer Zuchthausstrafe von drei Jahren verurteilten Werner Abel hat gegen dieses Urteil Revision beim Reichsgericht eingeleitet.



## Frühling in Heidelberg Theater am Nollendorfplatz.

Meyer-Förster hat vor vielen Jahren sein „Alt-Heidelberg“ geschrieben. Mit sehr viel Kitsch, der nötigen Portion Rührseligkeit, Klimbim und Trara eroberte er sich die bürgerliche Welt. Wirkliche Dichter hungern. Meyer-Förster wurde schwerreich. Jetzt ist der Siebzehnjährige erblindet. Gut, daß er die Nachahferi gestern nicht sehen konnte. Djesmal ist es nicht Karl Heinz, der Mädchenherzen bricht, diesmal ist es die Erbprinzessin Auguste, die sich in den armen Studenten verknallt. Nicht sehr originell. Nicht sehr originell ist auch die Musik dieses Singspiels, die ein Musterbeispiel für geistigen Diebstahl ist. Nett ist es, wenn 1825 das herrliche Lied ertönt: „Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren“. Das Publikum amüsiert sich köstlich, man summt die altbekannten Weisen mit: „Mädel, ruck, ruck, ruck an meine grüne Seite“, und die „alte Burschenherrlichkeit“ verfehlen ihre Wirkung nicht. Gespielt und gesungen wird gut. Dekorationen und Regie lassen nichts zu wünschen übrig. Mit Recht erschienen die Darsteller wieder und wieder vor der Rampe; die Verfasser wären besser verborgen geblieben. Dr. E. Rosenhain.

# Glanz und Elend in Waldenburg\*)

Von Anna Siemsen

Vor ein paar Jahren lief in Berlin ein Film „Im Waldenburger Hungergebiet“. Er hatte keinen Erfolg. Was man dort sah, das wollten weder die Cafésucher vom Kurfürstendamm noch die Verkäuferinnen von der Leipziger Straße sehen. Die Arbeiter vom Wedding sahen ohnehin täglich dieselben Hungerhüte, grauen Wände, dunklen Treppen, leeren Fenster.

Fast gleichzeitig erschienen in einer Berliner Zeitung die Memoiren von Daisy Fürstin Pleß. Und es war schade, daß man sie nicht als Text zu diesem Film der hungrigen Arbeiter setzen konnte. Denn Fürst Pleß und Waldenburg gehören sehr eng zusammen. Seit fast 200 Jahren sind die Fürsten von Pleß und Grafen von Hochberg Waldenburgs Bergherren, und 23 Prozent aller Kohlen, die man im Waldenburgischen fördert, gehören ihnen. Sie sind die Herren des Landes: Wälder und Felder, Wiesen und Wasser sind ihr eigen. Das Bad Salzbrunn und die Häuser in Waldenburg ebenso wie die Zechen: Fürstensteiner-, Cäsar- und Sophiengrube. Und über dem ganzen Land, das ihnen zu eigen gehört, liegt das Schloß Fürstenstein.

Fürstenstein ist ein richtiges Märchenschloß. Solch eines, wie Kinder es erträumen. Es liegt mitten in großen Wäldern auf einem hohen Fels und sieht über weite Waldberge hinweg bis zur böhmischen Grenze und über die Felsbänke in ein einsames Tal voll Buchen und Tannen. Ein Waldbach läuft da unten über Felsblöcke. Es ist ein wunderschönes Tal für ein Genovevamärchen, für Zwerge und Nixen. Aber die Nixen könnten nicht haben in diesem Gebirgsbach, sie würden allzu schmutzig werden. Denn der Bach kommt von den Zechen des Fürsten Pleß, aus Waldenburg, Altwasser und Feldhammer. Und er trägt alle Abwässer der Zechen mit sich. Grau und stinkend fließt er durch das süße Waldtal unter den tausend blanken Fenstern des schönen Schlosses. Fürstin Daisy Pleß hat sich vergeblich bemüht, diese grauen Fabrikwässer klären zu lassen. Und so sind sie die einzigen Zeugen des Waldenburger Elends, die Einlaß finden in die Märchenherrlichkeit der fürstlichen Wälder, Gärten und Paläste.

Es ist sehr unterhaltsam, von Waldenburg nach Fürstenstein zu gehen. Für alle, die diesen Weg nicht wandern können, schreibe ich hier nebeneinander, was Daisy Pleß, regierende Fürstin von Fürstenstein und Waldenburg in ihr Tagebuch geschrieben hat, und was in Waldenburg Bürgermeister und Regierungsräte, Gewerkschaftsführer und Lehrer aufschreiben mußten — aufschreiben mußten, ohne es ändern zu können.

Fürstin Pleß: „Ich sagte zu Hans, wir müßten uns ausrechnen, was wir jährlich zu verbrauchen haben, und wenn am Ende des Jahres eine größere Summe übrig bleibe wie jetzt, da 3 Millionen mehr da sind als voriges Jahr, könnte man davon etwas ausgeben für Bilder, Extrazüge, eine Jacht oder sonst etwas, was er liebte, wie Bauten und Umbauten der Schlösser und Häuser, aber das Leben und die laufenden Ausgaben müßten immer in denselben Grenzen gehalten werden. Er meinte, wir könnten bis zu 1 Million Mark das Jahr ausgeben, und ich wies darauf hin, daß eine kleine Differenz zwischen beiden Summen sei. Aber Graf Vico

\*) Mit Genehmigung des Urania-Freidener-Verlages Jena (gekürzt) nachgedruckt aus Anna Siemsen: „Deutschland zwischen Gestern und Morgen“. (Vgl. „SAZ“ vom 15. 6.)

Voll und Gottfried Hohenlohe meinten, das wäre ganz falsch, denn wir könnten sicher 4 Millionen Mark im Jahr ausgeben. . . . Es sind aber 9000 Leute, denen Hans Löhne zahlen muß; wir haben allein 6000 Bergarbeiter.“

Und ein Brief aus Waldenburg: „Es gibt hier Bergleute, die aus Not das ganze Jahr Sonntagsarbeiten verrichten. Aus der Aufstellung auf einem Lohnheute eines Bergarbeiters, eines Vaters von 10 Kindern, entnehme ich: Gesamtlohn für 29 Schichten (Monat 29 Tage, also nur ein Tag Ruhe!) 124,06 Mark (einschließlich Soziallohn 10,08 Mark). Abgang: Einkommensteuer 2,35 Mark, Invalidenversicherung 2,19 Mark, Knappschaftspensionskasse 5 Mark, Knappschafts-Krankenkasse 3,15 Mark, Erwerbslosenbeitrag 0,65 Mark, zusammen 13,34 Mark. Es verbleiben also 110,72 Mark. Davon leben sie!“

Fürstin Pleß: „Ich trug eine Schleppe von dem indischen Goldstoff, den ich so liebe. Nach diesem Diner meinte die Prinzessin von Wales, sie hätte selbst immer so gern einen solchen Stoff gehabt, aber . . . das Material für so ein Kleid würde etwa 2000 Mark kosten (das Jahreseinkommen von zwei Waldenburger Bergarbeiterfamilien), und sie dachte, das sei zu viel. Es amüsierte mich zu hören, daß sie in ihrer Toilette noch bescheidener als Königin Alexandra war.“

Ich trug meine goldene Schleppe (es war die, die 8000 Mark gekostet hatte, soviel ich weiß), meine schönste Krone, meine besten Juwelen und alle meine Orden. Da ich nicht gut gehen konnte, stützte ich mich auf einen sehr langen goldenen Stab, der von oben bis unten mit Türkisen besetzt war . . . der Stab ist von massivem Gold . . .“

Das Ergebnis aber einer Erhebung in den Waldenburger Volksschulen im Jahre 1925 war dies:

Von 5854 Kindern hatten	
929 Kinder	keinen Mantel,
5	kein Hemd,
281	nur ein Hemd,
1320	nur ein Paar Strümpfe,
3	keine Strümpfe,
2293	nur ein Paar Schuhe,
Bei 125	ist keine Bettwäsche vorhanden,
bei 1038	ist Bettwäsche nur einmal vorhanden,
307	sind täglich ohne Frühstück,
400	sind täglich ohne zweites Frühstück,
143	sind täglich ohne warmes Mittagessen,
48	sind täglich ohne jedes Mittagessen,
1870	sind täglich ohne Vesper,
9	sind täglich ohne Abendbrot,
1169	waren „auffallend unterernährt“,
1622	waren krank,
380	mußten helfen verdienen, davon
128	unter 12 Jahren.
Bei 643	ist die Mutter außer dem Hause auf Arbeit.

Das ist nach dem Kriege. Aber die grauen und verfallenen Häuser in Waldenburg und Altwasser und Feldhammer und Niedersalzbrunn, die erzählen deutlich genug, daß es vor dem Kriege nicht anders war. Und die Arbeiter erzählen das gleiche. Waldenburg war immer das Elendgebiet des deutschen Bergarbeiters. Und das Ruhrgebiet erschien den Waldenburgern als ein paradiesisches Schlaraffenland mit Schlemmerlöhnen.

Die Fürstin Pleß aber, die 8000 Mark, das Jahreseinkommen von acht Bergarbeiterfamilien, für eine Schleppe ausgab, die trieb damals Wohlfahrtspflege, indem sie im Hotel Eden an die Hofgesellschaft Spitzen verkaufte und im Bad Salzbrunn auf einem Wohltätigkeitskonzert sang. „Der moment suprême dieser Woche war das Konzert . . . Es war ein großer Erfolg. Ein solches Konzert ist in ganz Schlesien noch nicht gesehen worden, selbst in Breslau nicht — mehr als 500 Mark sind noch nie eingekommen — ich dagegen habe 1900 Mark eingenommen.“

Nirgends in Deutschland sieht man so viel barfußige Kinder wie im Gebiet des Fürsten Pleß. Denn nirgends in Deutschland sind feudale Herrschaft und industrielle Ausbeutung so aufeinandergepfropft wie unter seiner Herrschaft. Er ist der Herr des Landes, der „regierende Fürst“. Und unter seinem Schutze üben andere kleinere Herren, Zechenherren, Textilherren, Grundherren, das gleiche väterliche Recht über „ihre Arbeiter“.

Und die Arbeiter in diesem schönen Land zwischen Bergen und Wäldern, in den sanften Tälern sind das Hungern gewohnt und sind es gewohnt, daß von Zeit zu Zeit in den Zechen die Kohlenläure einbricht und sie erstickt, die schlagenden Wetter sie verschütten. Das ist Bergmannslos. Und das Los ihrer Frauen und Kinder zeigen die Berichte der Behörden, der Verbände, der Lehrer und Ärzte, die helfen möchten und nicht helfen können.

Wovon leben diese Menschen? Von ihrem kindlichen Glauben ans Leben, von Hoffnung, von Sehnsucht. In der Kirche sitzen die alten Arbeiterfrauen und singen andächtig: „Allein Gott in der Höh' sei Ehr' und Dank für seine Gnade, darum, daß nun und nimmermehr uns rühren kann kein Schade.“ An den Straßenecken steht die Heilsarmee und erzählt ihnen dasselbe mit ein bißchen anderen Worten. Sie gehen auch in die sozialdemokratischen Versammlungen. Und hier wird die Hoffnung schon etwas stärker und lauter, die oft, die immer wieder enttäuschte Hoffnung, denn ein Winkel wie Waldenburg wird leicht vergessen in der großen Politik.

Und die Kinder? Ich machte einen Schulbesuch. Die „weltliche Schule“ in Niedersalzbrunn ist in einem verlassenen Mietshaus untergebracht, zwischen grauen und fleckigen Zimmerwänden. Das sind die Kinder aber gewohnt, und die Lehrerin ist jung und freundlich. Da sind nun die Jungen und Mädchen, die nur ein Paar Strümpfe haben und keinen Mantel, die ohne Frühstück zur Schule kommen und ohne Abendbrot ins Bett gehen. Man sieht es ihnen an. Aber sie haben einen Heidenpaß über den fremden Besuch. Und sie dürfen sich produzieren mit all ihren Künsten: Zeichnen an der Tafel, Wettechnen. Sogar ein Weihnachtsspiel wird wieder vorgeholt. Und zuletzt sagt die Lehrerin zu einem ganz kleinen Mädchen, das sich mühsam still verhielt: „Nun, Hannele, mußt du uns noch dein Lied aufsagen.“

Das Hannele ist fast durchsichtig, mit ganz hellen Haaren und ganz hellen Augen, und so schüchtern, daß es sich am liebsten unter die Schulbank verkröche. Aber als es „sein Lied“ anfängt, da hat es alles vergessen. Mit einer ganz hohen Kinderstimme, halb singend, sagt es das Lied, das schöne, alte Lied vom Wassermann, dessen Melodie so schwebend ist wie die Sehnsucht selbst:

„Es war ein wilder Wassermann  
Über Berg und tiefes Tal,  
Wohl über die See.  
Der freit' ein's Bauern Töchterlein,  
Die schöne Hannele.“

Ganz selbstvergessen steht das Hannele da und sagt — und singt ihr Lied hinaus. Und das Märchenchickal der Namensschwester trägt sie weit weg „über Berg und tiefes Tal, wohl über die See“.

Wie wunderbar muß die Welt hinter den Bergen sein, die Welt der Märchenlöcher, die Welt, aus der die feinen Leute ins Bad Salzbrunn kommen. Sie tanzen in dem fürstlichen Kurhaus. Sie wandeln unter den Zauberblicke des abendlichen Parks. Und heute, wie vor dem Kriege stehen draußen die Kinder, die großen und die kleinen, und gucken in das Wunder und warten, daß es auch einmal in ihr Leben kommt.

Und in diesem Jahre des Heils 1931 nimmt die Republik von den Arbeitern, die 105,50 M. Monateinkommen haben, die erhöhte Lohnsteuer und die Krisensteuer und die Bürgerabgabe. Denn das steuerfreie Existenzminimum beträgt ja nur 720 Mark im Jahr.

Und sie verkürzt den Erwerbslosen ihre Bezüge. Denn vor ein paar Jahren mußte sie den Fürsten Pleß sanieren. Der Arme wäre sonst bankrott geworden. „Denn wer da hat, dem wird gegeben werden, daß er die Fülle habe. Wer aber nicht hat, dem wird auch das genommen werden, das er hatte.“

So ist die Ordnung der Welt, kleine Hannele, in Waldenburg und wohl du auch wandern magst „über Berg und tiefes Tal, wohl über die See“.

## Kleines Feuilleton

### Neue Kunst in Rußland

Hans Eisler befindet sich z. Zt. in Rußland. Er beabsichtigt, seine dortigen Beobachtungen als Stoff für eine Oper zu benutzen, die er gemeinsam mit Bert Brecht und Sergej Tretjakow schreiben will. Der Titel soll lauten: „Die Geburt des neuen Menschen“.

Die Meshrabpom-Film-Gesellschaft hat in Gemeinschaft mit der „Komsomolskaja Prawda“ und der Fachzeitschrift „Kino“ ein Preisauschreiben für Film-Exposés und Manuskripte erlassen. Für die 6 besten Exposés sind Preise von 5000, 3000 und 2000 Rubel, die 6 besten Manuskripte Preise von 15 000, 10 000 und 6000 Rubel ausgesetzt.

Wie verlautet, hat die Regierung der UdSSR für das Jahr 1932 in ihrem Etat den Betrag von 25 Mill. Rubel zur Unterstützung des russischen Films vorgesehen.

Die Sängerin Anny Vogel vom Lübecker Stadttheater hat bei einem Konzert in Leningrad einen derartigen Erfolg erzielt, daß sie sofort zu einer Gaupspielturnee durch die ganze Sowjet-Union aufgefordert wurde.

### Das Juniheft der „Solidarität“

Die gut ausgestattete Juni-Nummer des Organs der „Internationalen Hilfsvereinigung“, die „Solidarität“, ist vor allem dem Kampf gegen das skandalöse Justizverbrechen an den amerikanischen Gewerkschaftlern

### Mooney und Billingl

gewidmet. Das Heft bringt einen ausführlichen Bericht über die Ablehnung des Freilassungsantrages für Tom Mooney durch den kalifornischen Gouverneur Rolph. Ein gleichzeitig veröffentlichter Brief Mooneys an den Gouverneur nach der Ablehnung der Begnadigung zeigt, daß der Mut dieses Kämpfers der Arbeiterklasse auch trotz 16jähriger Zuchthausstrafe nicht gebrochen ist. Der Leitartikel behandelt die grundsätzliche Bedeutung der Gründung des Komitees für die Rettung von Tom Mooney und Warren Billings.



Copyright by AGIS-VERLAG, Berlin-Wien, 1931. Alle Rechte, insbesondere die des Nachdrucks, der Übersetzung und Radioverbreitung, vorbehalten.

### 31. Fortsetzung.

Draußen geht die Glocke . . . und dann ist Schluß. Vor dem Ausziehen ist noch ein billigen Aufregung. In der Nachbarfamilie ist ein Junge getürmt, aber man erfährt nicht, wer es war . . . Es gibt wieder etwas Ablenkung und Anlaß zu Gesprächen und Wünschen.

Herr Siegel geht über den Korridor an den Schlafsälen vorbei. Heute geht das Ausziehen, Waschen und Zähneputzen so schnell. Gleich ist der Dienst zu Ende. Herr Siegel atmet schon etwas erleichtert, er ist froh, wenn er diese Vertretung wieder abtreten kann. Morgen früh ist Herr Biene wieder im Dienst. Schluß . . . Licht aus . . . Das Schlüsselbund klirrt. Auf dem Flur entfernen sich Schritte.

Hans ist müde. Heute erzählt niemand Geschichten. Hans denkt noch eine Weile an Berlin und dann ist nichts mehr . . .

\*

. . . Da schrie doch jemand . . . ?

Hans sitzt im Bett. Da jammert jemand, dumpf, erstickend . . . Neben an poltert es, und es klatscht, und immer wieder wimmert diese leise, röhelnde und verzweifelte Stimme. Nackte Füße laufen draußen über den Korridor. Mit einem Satz ist Hans aus dem Bett und dann steht er im Nachbarzimmer. Auch hier ist es dunkel, aber eine Gruppe weißer

Gestalten steht neben dem Bett von Erwin. Und es klatscht und poltert und leise Flüche dazwischen . . . Das Wimmern und Stöhnen unter der Decke ist grauenvoll und dann fliegt die Decke beiseite, aber nun prasseln die Faustschläge dem ins Gesicht und das Stöhnen geht in einen einzigen schrecklichen tierischen Schrei über . . .

Hans springt rettungslos verloren in das Knäuel hinein, aber mit Fäusten und Fußtritteln wird er zurückgeworfen, so dicht sind sie ineinander verbissen.

Die Leere und der aufgespeicherte Haß vieler sinnloser Anstaltstunden, die Wut der Gefesselten, Eingesperrten und Getretenen entläßt sich im Kampf gegen den Kameraden. Es keucht und knurrt in unheimlicher Wildheit . . . Da und da . . . und du Hund . . .

Aber dann ebbt es ab. Ein Schlag und noch ein Schlag und die Gestalten lösen sich, verschwinden. Einer bleibt am Bettrand liegen, ratscht langsam herunter und sackt zu Boden. Hans versucht Erwin hochzuheben, aber der stößt ihn mit einer letzten verzweifelten und furchtsamen Bewegung von sich. Hans hat feuchte, klebrige Hände. Er sieht es nicht, aber er weiß es: Blut . . . Blut . . .

Draußen wäscht er sich die Hände und läßt lange das kalte, klare Wasser laufen. Es lenkt ab, es kühlt und vielleicht ist dann alles nicht wahr . . . Aber er kann doch nicht dem furchtbaren Augenblick entkommen. Er hat erlebt, wie sich Kameraden untereinander zerreißen können, und ihm graut vor den Gesetzen, die in dieser Abgeschlossenheit heimlich wachsen und herrschen können. Er will hier nicht bleiben; er fühlt es: hier wird er zugrunde gehen, wenn er nicht schon morgen den Weg aus diesem Haß und dieser Enge findet . . .

\*

Am Mittwoch mittag blinzelt Friedel gleich nach dem Essen Hans zu: Komm. Hans

schlendert über den Hof nach der Abortanlage, langsam, nur ruhig. Herr Biene ist mißtrauisch und sieht ihm aus dem Fenster nach. Hinter der Tür steht Friedel, ist aufgeregt und froh: „Junge, Junge, heute abend geh ich los.“

„Was denn, wie denn“, wird Hans wach. Friedels Freund ist auf der Durchreise in Berlin und will mit Friedel zusammentreffen. Er wird heute um 7 Uhr hinter dem Dorf sein. Ein kleiner Opelwagen steht da und dann los . . .

Hans zittert und ist ratlos. Da ist Herr Leukel und dahinten ist die Große Frankfurter. Ach, der Weg dahin geht nur über Herrn Leukel. Und der Weg zu Herrn Leukel geht nur über die Beurbarung aus der Anstalt. „Ich kann nicht . . . ich kann . . . ja . . . nicht . . .“ stottert Hans ohne Hilfe. Halb hat er schon entschieden. Da ist Berlin. Aber er schlägt noch um sich. Was soll dann werden? Aushalten, Hans . . .

Hans geht über den Hof. Hans geht um den Hof herum. Hans geht wieder in den stinkenden Raum hinein. Hier ist der einzige Ort, wo man allein sein kann, wo man auch mal zu sich selbst kommen darf. Drüben steht Herr Biene. Vielleicht kommt er auch gleich, um zu untersuchen, was hier vor sich geht. Da ist die rote Mauer und da drüben ist das Gitter. Ueber den Hof klappern die Holzpanzern von fünf, sechs Jungen. Ihre Anzüge sind grau. Alles ist grau. Nein, die Mauern sind rot. Immer wieder muß Hans die rote Mauer anstarren. Er sieht durch den Türspalt nur ein schmales Stück. Aber dann schießt ihm das Blut plötzlich zum Herzen und es wird ihm heiß. Raus hier, nur raus hier. Jetzt kommt auch der mühsam heruntergeschluckte Ekel vor den nächtlichen Ferkelleien Piepels und die Verzweiflung von der Kameradenprügelei und sein Wille wird überschwemmt durch den Haß gegen diese ganze Einrichtung, gegen die Jungen, die Erzieher und gegen diese ganze Fürsorgemaschine.

Er sieht nur noch das Böse um sich her. Er könnte jetzt losbrüllen, aber als jetzt ein Junge hereinkommt, antwortet er ihm so ruhig, daß der ihm nichts, aber auch gar nichts anmerken kann. Nach einer Weile ist er wieder allein, aber das Toben in ihm hat nicht nachgelassen.

Was soll ich hier? Geben Sie mir Arbeit, Arbeit, Arbeit. Ich will nach Hause. Draußen geht das Leben vorbei. Ich will raus! . . .

Herr Biene steht noch immer am Fenster. Die Sonne ist warm und es ist ein liebevoller Tag draußen. Vor dem Fenster stehen verkrüppelte Bäume. Die schönen alten Bäume nehmen ihnen das Licht weg . . .

In drei Minuten ist die Mittagspause zu Ende, dann geht der Betrieb weiter. Wo ist denn der Hans Schulze hin? — Der ist doch schon seit zehn Minuten da drüben drin.

Herr Biene entschließt sich, nachzusehen, aber da klingelt es und Hans kommt langsam, ganz langsam über den Hof.

Wie der Junge die Schultern hängen läßt. Entmutigt, entnützt, repetiert Herr Biene aus seinem Kursus. Vielleicht kann man den Jungen mal irgendwie einer Vertrauensprobe unterziehen, vielleicht wird er dann aufgemuntert. Man muß jedenfalls mal mit ihm reden, nimmt er sich vor, in seine frühere Art zurückfallend. Gleich nach Tisch holt er sich zu diesem Zweck aus dem Büro die Akten von Hans Schulze. Ein schwerer Fall, ein sehr schwerer Fall . . . Und dann stellt er fest, daß noch kein psychiatrisches Gutachten vorliegt, das über die innere Verfassung des jugendlichen Aufschluß geben könnte. Da hinten ist ein Brief vom Jugendamt:

„. . . bitten wir, zu prüfen, ob nicht eine andere Unterbringung in Frage kommen kann. Es sind uns nachträglich bei der Eigenart des jugendlichen Bedenken aufgestiegen, ob eine längere Heimerziehung nicht von nachteiligen Folgen für diesen empfindlichen jugendlichen sein würde.“

Aus Noskes Residenz:

# Nazisturm auf Gewerkschaftshaus

## Hannoveraner Arbeiter, antwortet mit der Einheitsfront!

Hannover, 18. Juni 1932.

Am Donnerstag gegen 23 Uhr stürmten auf 200 uniformierte Nazis in Hannover das Gewerkschaftshaus. Schon am Tage waren sie in Trupps durch die Straßen gezogen und haben Zusammenstöße provoziert. Der Überfall auf das Gewerkschaftshaus war planmäßig vorbereitet. Während des Sturmes begleitete die Horden ein Auto, das am Gewerkschaftshaus wendete. Als die Polizei erschellen konnte, blies der Insasse des Autos zum Rückzug. 20 SAJ-Genossen, die auf der Straße standen, mußten leider den mit dem Rufe „Straße frei! SA rann!“ anstürmenden Nazis weichen. Eine Anzahl Verletzte mit eingeschlagenen Schädeln und Messerstichen und die eingeschlagenen Fenster des Gewerkschaftshauses waren das Resultat des Überfalls. Von den, von den Nazis abgegebenen Schüssen wurde glücklicherweise niemand getroffen.

Trotz der ungeheuren Uebermacht hat aber doch mancher Jünger des Dritten Reiches

Arbeiterfaute zu spüren bekommen, und wird sicher noch lange daran denken.

Es muß festgestellt werden, daß die Polizei sehr spät ankam. Wenn es nicht Proleten sind, die sich ihrer Haut wehren, ist sie schneller am Platze, zum Beispiel in Linden, auf der Ricklinger Straße, bei der Einweihung des Nazihauses.

Arbeiter, erkennt ihr nun, wohin die Reise geht? Vielleicht besinnen sich SPD und ADGB nun doch, mit allen Proletariern die Einheitsfront zu bilden. Nur durch die geschlossene Kampffront aller Arbeiter sind wir in der Lage, den Faschismus zu zerschmettern. Die SAP hat alle Arbeiterorganisationen aufgefordert, den Bruderkampf einzustellen und den Kampf gegen den Faschismus zu organisieren. Aber keine der Parteien hat geantwortet. Ein Beweis, daß sie den Ernst der Stunde noch nicht erkannt haben.

parteilicher Grundlage erfolge und alle teilnehmenden Organisationen im Kampfausschuß vertreten sind. Seine praktischen Vorschläge fanden einstimmige Zustimmung. Ihre Bereitschaft, sofort in das Kartell einzutreten erklärten: Kampfbund gegen den Faschismus, Sozialistischer Schutzbund, KPD, SAP und Rote Hilfe. Alle Organisationen haben einen Vertreter im Ausschuß, dazu kommt noch ein parteiloser Arbeiter. Mit anderen Organisationen soll noch Fühlung genommen werden. Weiter soll versucht werden, möglichst viele SPD- und auch parteilose Arbeiter sowie Reichsbanner- und Hammerleute und andere Gewerkschaftler für den Massenselbstschutz zu gewinnen. Die erste Sitzung des Kampfausschusses nahm die Einteilung der Funktionen vor. Die politische Leitung des Kartells hat der Genosse Prüssing (Kampfbund) übernommen. Technischer Leiter ist Genosse Klatt (SSB) und die Finanzgeschäfte führt der Genosse Kloock (SAP). Wir hoffen, daß es gelingen wird, die Aktionskraft des revolutionären Proletariats durch das Kartell zu steigern und dadurch auch die uns noch fernstehenden Arbeiter für die rote Einheitsfront des klassenbewußten Proletariats zu gewinnen.

Der Wahlkampf beginnt. Er wird von der hiesigen SPD mit einer Kundgebung eröffnet. Man wählt jetzt das Thema „Freie Bahn dem Sozialismus“ oder „Alle Macht dem Volke!“ Wir sind der Ansicht, daß die bisherige Politik der SPD sehr wenig mit diesen Parolen zu tun gehabt hat. Aber nun muß man der Papen-Schleicher-Regierung gegenüber von Kampf reden und verzißt dabei, daß man der Regierung Brining gegenüber die gleichen Maßnahmen toleriert hat, die von der Regierung der Barone jetzt angewandt werden. Es wird für die SPD einmal ein sehr bitteres Erwachen geben, und die verantwortlichen Funktionäre werden noch ihr blaues Wunder erleben, wenn sich der Zorn der eigenen Anhänger über sie ergießt. Der Tag wird für alle diejenigen, die an der heutigen Situation der ausgehungerten Proletarier schuld sind und nicht rechtzeitig begriffen haben, daß gekämpft werden mußte, recht unangenehm sein. Rücksichtslos wird das deutsche Proletariat über die angeblichen „Führer“ hinwegschreiten.

## Werbt Abonnenten

Einheitsfront ist die Parole! Die erste Anregung zur Schaffung der roten Einheitsfront ging vor einigen Wochen von unserer SAP-Ortsgruppe aus. Es beteiligten sich an dem gegründeten Kartell gegen Faschismus und Kulturreaktion: Freireligiöse Gemeinde, FAUD, Anarcho-Syndikalisten, Föderation der Anarchisten, Gemeinschaft proletarischer Freidenker, Industriearbeiter der Welt, KPD, SAP und SJV. Alle übrigen Parteien und Organisationen, im ganzen 29, beteiligten sich nicht. Immerhin sind im Kartell ungefähr 3500 Genossen zusammengefaßt. Eine Kundgebung mit dem Genossen Siemsen, Brandler und Oesterreich war gut besucht, hatte aber unter der Opposition der KPD zu leiden. Am 16. 6. fand nun eine öffentliche Versammlung statt, zu welcher die KPD aufgerufen hatte. Thema: „Wie schaffen wir die Einheitsfront aller Werktätigen gegen den Faschismus?“ Es sprach der KPD-Genosse Adam, Stettin. Die SPD, der eine Stunde Redezeit zugesichert war, hat es leider nicht für notwendig befunden, sich vertreten zu lassen. Zu Beginn wurde ein Versammlungsvorstand gewählt, dem auch zwei SAP-Genossen angehörten. Bemerkenswert aus den Ausführungen Adams waren die unzweideutigen Feststellungen, daß die KPD nicht beansprucht, in der kommenden roten Einheitsfront die Führung zu erhalten. Die Einheitsfront wird von unten heraus gebildet; es wird sich erweisen, wer in der proletarischen Klassenfront durch seine Leistungen die Führung erringt. Vermieden wurde im Referat das Anpöbeln anderer Parteien. Adam scheute aber auch nicht davor zurück, gewissen „Führern“ sozialistischer Parteien das Recht abzuzprechen, sich der kommenden Klassenfront einzureihen. Nach der Pause übernahm die Leitung der von zirka 800 Menschen, hauptsächlich Kommunisten, besuchten Versammlung unser SAP-Genosse Fritz Lamm. Er mußte leider Gelegenheitsreden, in der Diskussion die Propagandarede einer KPD-Genossin für ihre Partei zu unterbrechen und sie darauf hinweisen, daß derartige in einer überparteilichen Versammlung nichts zu suchen habe. Ein gutes Zeichen für die Zukunft, daß die KPD-Genossen in ihrer Mehrheit unserem Genossen Lamm die Berechtigung seines Vorgehens gegen die KPD-Rodnerin zugestanden. Genosse Lamm konnte die Versammlung, nachdem sieben Diskussionsredner verschiedener Parteien gesprochen hatten, in Ordnung und Ruhe schließen. Wir hatten Gelegenheit, unsere Ansichten zu vertreten, ohne daß die KPD-Genossen sich durch die Aussprache einiger Wahrheiten zu dem früher üblichen Radau veranlaßt gesehen haben. Der Versammlungsvorstand, zu dem noch ein dritter SAP-Genosse tritt, wird in einigen Tagen zusammenkommen, um die Organisation des roten Massenselbstschutzes, der beschlossen worden ist, in die Tat umzusetzen. Aus der Versammlung traten zirka 400 Genossen dieser Klassenwehr bei. Die Versammlung zeigte, daß an diesem Abend bei den KPD-Genossen der ernste Wille zur Einheitsfront, wie wir sie verstehen, vorhanden war. Genossen, sagt den SPD-Genossen bei jeder Gelegenheit, wie schuldig sich ihre Führung macht, wenn sie bei dem aufrichtigen Willen der SAP und KPD zur Einheitsfront schmolend beiseite steht! — Eine Gefahr besteht: das Nebeneinander verschiedener Einheitskartelle. Es muß ein Weg gefunden werden, der diese Unmöglichkeit wirklich unmöglich macht. Wir werden auch das schaffen, wie wir das Kartell gegen den Faschismus geschaffen und wie wir uns jetzt mit den KPD-Genossen zusammengefunden haben.

## Stralsund

Einheitsfront und Massenselbstschutz im Werden. Da die von SAP und SSB eingeleitete Aktion zur Herstellung der proletarischen Einheitsfront aller Arbeiterorganisationen an der Eisernen Front gescheitert ist, weil angeblich die Zeit noch nicht reif dafür ist, unternahm der Kampfbund gegen den Faschismus einen zweiten Versuch. In einer zur Bildung des roten Massenselbstschutzes einberufenen Versammlung referierte der Genosse Mengel, Stettin, von der Bezirks-Kampfbundleitung über die Notwendigkeit des Massenselbstschutzes zur erfolgreichen Abwehr des faschistischen Terrors. In der Aussprache sprach Genosse Boy für SAP und Schutzbund die grundsätzliche Beteiligung aus, wenn die Zusammenarbeit auf über-

vorgesehen. Er wird die Wirkung ebenfalls für uns tun. Die Versammlung brachte uns wieder Zuversicht und erfrischte für uns die Tatsache, daß langjährige hiesige Einheitsmänner der SPD an dieser Unternehmung im Kampf für unsere Ziele zugegen sind.

## Elmhorn

In unserer letzten gutbesuchten Parteimitgliederversammlung wurde der Genosse Weicholdt zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt. Weiter wurden die nächsten Angelegenheiten erledigt. Der Parteivorstand der Einheitsfront wurde von der Versammlung gewählt. Die SAP hat einen Beirat an KPD, SPD und ADGB gewählt, damit vorzeitig gemeinsame Verhandlungen über die Einheitsfront stattfinden. Zur Beiratkonferenz wurde der Genosse Müller als Delegierter bestimmt. Als Reichstagskandidaten sollen von Einheitsfront-Genossen Otto Müller und Fritz Weicholdt vorgeschlagen werden. Begreifend wurde, daß die SAP zwecks Listenverteilung bei SPD und KPD vorstellig geworden ist. Eine Anzahl Mitglieder verpflichteten sich, zuerst bei den Reichstagswahlen je 5 bzw. 10 Norddeutsche Kampfbundblätter zu verteilen. Der Wochenzeitungsansatz wird dadurch um 100 Prozent erhöht.

Sie drohen mit Gewalttätigkeiten! In den bürgerlichen Lokalzeitungen hat der Nazistummhänführer Brandt eine „Kundgebung“ veröffentlicht, die zu der Aufhebung des SA-Verbot Stellung nimmt und die Veranstaltungen ankündigt, die am 18. und 19. Juni am Sonntag von Nazis geplant sind. Es heißt da u. a.:

Die SA- und SS-Männer sind angewiesen, sich in jeder Weise der ganzen Bevölkerung gegenüber, diszipliniert zu benehmen und einfache Provokationen zu übersehen. Das bedeutet aber nicht, daß wir uns Angriffe gefallen lassen werden. Der Gegner wird dann fühlen müssen, was SA- und SS-Füherer sind.

Von der Polizei erwarten wir, daß sie die deutsche Volkbewegung als solche ansieht und sich ihr gegenüber so aufführt, wie es sich recht schaffenden Polizeiorganen geziemt, daß sie weiter bei tatsächlichen Auseinandersetzungen den wirklichen Angreifer faßt und nicht immer die SA und SS als die Täter betrachtet.

Wenn man weiß, daß Nazis immer provoziert worden sind, wenn es zu Zusammenstößen kommt, dann ist der Sinn dieser Ankündigung klar. Die Arbeiterschaft und die Polizei werden offensichtlich bedroht. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen endlich einmal erkennen, daß ihr Weg der Passivität für die gesamte Arbeiterschaft zum Verhängnis wird.

## Alt-Zarrendorf

Die SPD in Aengsten. Unser Vorstoß zur Vertiefung unserer Kampfhand hat die hiesige SPD und auch die Stettiner Bezirksleitung in Aufregung gebracht. Sofort nach Bekanntwerden unserer erfolgreichen Aufklärungsarbeit wurde die SPD-Ortsleitung vom Bezirkssekretär aufgefordert, unseren weiteren Einbruch zu verhindern. Eine sofort einberufene Mitgliederversammlung und eine einige Tage später abgehaltene öffentliche Versammlung der SPD sollte die von uns beabsichtigte Mitgliederversammlung mit Gästen unmöglich machen. Zu beiden Versammlungen war der Saboteur der Stralsunder Einheitsfront, Picht, entsandt worden, um den hiesigen Parteileuten zu retten. Früher hat man sich, wie uns SPD-Funktionäre mitteilen, sehr wenig um die hiesigen SPD-Genossen gekümmert. Aber nun, wo die SAP hier Fuß gefaßt hat und vor allen Dingen sehr starke Sympathien genießt, will man retten, was noch zu retten ist. Uns als SAP hat man mit der Einberufung einer öffentlichen Versammlung den größten Gefallen getan. Picht sprach in recht radikalen Worten und machte in Volksgemeinschaft, Vaterland und Nation. Er wollte wohl den anwesenden Nazis sein besonderes Nationalgefühl zum Ausdruck bringen. Weil der Versammlungsleiter schon in recht ängstlicher Weise darum bat, den Redner ruhig anzuhören, da alle in der Diskussion reden könnten, wurde von uns aus kein einziger Zwischenruf gemacht, trotzdem es sehr notwendig gewesen wäre. In der Diskussion sprach für die SAP Genosse Boy, Stralsund. Er unterstrich grundsätzlich die Ausführungen des Referenten, die in bezug auf die Bekämpfung des Faschismus gemacht worden waren, arbeitete in seinen weiteren Ausführungen aber die grundsätzliche Auffassung der SAP zur Durchführung des Kampfes heraus und forderte die rote Einheitsfront der Arbeiterschaft und die außerparlamentarische Aktion zur Rettung der Klasse. Er fand mit seinen Ausführungen starken Beifall der Versammlung. Picht glaubte, uns im Schlußwort als „Spalter“ und „Hetzer“ gegen SPD-Führer bezeichnen zu müssen, da er scheinbar die SPD für die deutsche Arbeiterklasse und die kritisierten SPD-„Führer“ für unfehlbare Gestalten hält. Im Schlußwort wurde Picht sehr nervös, da die Zwischenrufe für die SPD-Politik zu vernichtend waren. Der Bericht über diese Versammlung im SPD-Organ hat selbst bei den SPD-Funktionären Kopfschütteln her-

Ein Reichstagswahlkampf steht vor uns. Es ist nur noch eine Frage von wenigen Tagen und wir sind mitten im Kampf. Dieser Wahlkampf wird wieder große finanzielle Anforderungen auch an die Zentrale unserer Partei stellen. Wir müssen darum an die Opferfreudigkeit unserer Anhänger appellieren. Uns unterstützen nicht Großindustrielle, Großagrarien, abgetaktete Generale und Fürstlichkeiten, wir können uns nur auf die Opferbereitschaft unserer Anhänger stützen. Wir fordern alle auf, sofort zum Kampffonds beizusteuern. Eile tut not. Zahlungen sind zu leisten auf das Postscheckkonto Nr. 41 679, Max Seydewitz, Postscheckamt Leipzig.

Der Parteivorstand.

## Tom Mooney schreibt an den Gouverneur von Kalifornien

Der Gouverneur Rolph von Kalifornien hat abgelehnt, Tom Mooney und Warren Billings, die jetzt über sechzehn Jahre unschuldig im Gefängnis sitzen, zu begnadigen. Tom Mooney hat nach Bekanntgabe des Entscheides an den Gouverneur Rolph ein Schreiben gerichtet, dem wir folgendes entnehmen:

Ich richte diese Worte an Sie und Ihre Klasse, die Sie so treu vertreten. Mit Ihrem Beschluß, mich nicht zu begnadigen, obwohl die ganze Welt meine Unschuld kennt, haben Sie unwiderleglich bewiesen, daß Sie nicht nur Kaliforniens Gouverneur, sondern auch

Präsident des ausführenden Organs der Kapitalistendiktatur über Kalifornien sind . . .

In Ihren Erklärungen haben Sie nicht einen einzigen stichhaltigen Grund für meine weitere Einkerkierung angegeben. Sie und Ihre Berater haben versucht, die wirkliche Frage meiner Schuld oder Unschuld in einen Nebel von Worten einzuhüllen. Sie haben versucht, in einer wahren Sintflut von Erklärungen, die nichts mit der Sache zu tun haben, Ihre Parteilichkeit und Ihre Voreingenommenheit als Vertreter des Kapitals gegenüber einem Vertreter der Arbeiterschaft zu verbergen . . .

Sie haben in dieser Aufgabe jämmerlich versagt. Jedes Kind kann dieses zweite Justizkomplott durchschauen, mit dem Sie versuchen, das erste aufrechtzuerhalten. Wenn man Mooney mit Schimpfworten belegt, so hat man noch nicht seine Schuld bewiesen.

Die Anwälte, die Ihre Berater waren, wissen sehr gut, daß es noch nie in der Geschichte einen Fall gegeben hat, in dem soviel Beweismaterial gegen die Schuld des Angeklagten sprach wie in meinem Falle . . .

Sie haben die Arbeit Ihrer Vorgänger fortgesetzt, mich zu einem Symbol des Kampfes der Arbeiterschaft zu machen. Ich nehme diese hohe Ehre, die Sie mir zuteil werden lassen, mit tiefer Bescheidenheit an.

Ich werde meiner Klasse diesen Dienst unverdrossen leisten mit größter Energie und Treue.

Ich gebe — freudig und gern — auch mein Leben für die Sache der Arbeiter der ganzen Welt ohne Unterschied der Rasse, Farbe, Religion oder Nation. Ich werde diesen heiligen Kampf erst aufgeben, wenn alle Waffen, die für dieses niederträchtige Justizkomplott verwendet werden, vollständig beseitigt sind und eine klassenlose Gesellschaft an die Stelle dessen tritt, was man heute Zivilisation nennt.

Tom Mooney.

Für die Untersuchung des Falles Mooney-Billings hatte sich der Gouverneur Rolph mehrere „Berater“ herangezogen, deren Namen allein schon beweisen, daß jene Kapitalistengruppen, die das Justizkomplott gegen Mooney seinerzeit angezettelt hatten, faktisch diejenigen waren, die über seine Begnadigung entschieden.

In dem 125 Schreibmaschinenseiten umfassenden Dokument, das der Gouverneur zur Begründung seiner Entscheidung verfaßt hat, wird keinerlei Beweismaterial für die Teilnahme von Mooney und Billings an der Bombenexplosion, für die sie verurteilt wurden, erbracht, sondern nachgewiesen, daß sie zu einer solchen Tat „fähig“ seien auf Grund ihrer Gesinnung:

„Ihr sinnloser Haß gegen unsere jetzige Regierungsform und ihr fanatischer Wunsch, die rote Fahne der Revolution an die Stelle der Sterne und Streifen zu setzen, drängten sie zu der Tat.“ (!)

So sieht die „Begründung“ für die ablehnende Stellungnahme des Gouverneurs aus!

# Erfolgreiche Aktionen der SAP

## Für den Arbeiterblock, gegen Papenregierung, Faschismus und Kulturreaktion

Nach züher Vorbereitung durch Kleinarbeit ist es nunmehr auch in Offenburger (Baden) gelungen, eine Einheitsfrontkonferenz, die von 75 bis 80 Funktionären der verschiedenen Arbeiterorganisationen besucht war, zustandezubringen. An der Diskussion, an der sich neben SAP, KPD und ADGB-Mitgliedern auch der Vorsitzende des ADGB beteiligte, wurde einstimmig ein Antrag zur Bildung eines vorbereitenden antifaschistischen Ausschusses angenommen und als gemeinsames Kampfprogramm festgelegt: Kampf gegen den Faschismus, gegen jeden Lohnabbau, für die Erhaltung und den Ausbau des Tarifrechts, für die Erhaltung und den Ausbau der Sozialgesetzgebung, Kampf gegen jeden imperialistischen Krieg. Im Ausschuß ist die SAP durch den Genossen Wilhelm Leitz vertreten. Die anwesenden KPD-, SAP- und ADGB-Mitglieder erklärten ihre grundsätzliche Zustimmung, für die Schaffung eines Offenburger Arbeiterblocks einzutreten.

In Marktredwitz (Bayern) ist es ebenfalls bereits zu einer grundsätzlichen Bereitschaftserklärung der SAP und KPD zur Bildung eines örtlichen Kartells gekommen, die Antwort der SPD steht noch aus.

In Neumünster fand nach der Bildung eines vorbereitenden Komitees eine erste öffentliche Massenkundgebung zur Bildung der proletarischen Einheitsfront statt, an der 500 Arbeiter teilnahmen. Es sprachen der Reichsbannerkammerad Wulf, ferner Fischer (KPD) und Genosse Lohmann (SAP), für die Parteilosen Biesterfeld. Die Versammlung beschloß einstimmig, in den Stunden höchster Gefahr die Arbeiterorganisationen aufzufordern, die schärfste Frontstellung gegen den Faschismus, gegen die Verschlechterung des Lebensstandards der Arbeiterklasse, für die Wiederherstellung des alten Lohnniveaus, die Einführung der vierzigstündigen Woche, die Wiederherstellung der Sozialfürsorge, die Aufhebung aller Notverordnungen einzutreten und eine überparteiliche Klassenwehr, der nahezu 400 Arbeiter aller Parteirichtungen beitraten, zu gründen. Begeisterter Gesang der Internationale schloß die Kundgebung.

Eine Unterbezirkskonferenz des Freidenkerverbandes für Stuttgart und Reutlingen erhob allerschärfsten Protest gegen die Kulturreaktion, gegen die Notverordnung vom 4. Mai und die gegen den Frei-

denkerverband gerichteten Drohungen der Nazis und der Regierung Papen. Die Resolution schließt: „Die Unterbezirkskonferenz fordert, daß sich sämtliche Instanzen des Freidenkerverbandes mit Nachdruck dafür einsetzen, daß die breiteste außerparlamentarische Kampffront für Kirchenaustritt, proletarische Gelbfreiheit, gegen Kulturreaktion, Generalhulldiener und Naziherrschaft hergestellt werde durch Schaffung eines Kampfbündnisses der proletarischen Organisationen der SPD, KPD, SAP, KPO, der Gewerkschaften und aller übrigen Arbeiterorganisationen.“ Genosse Joachim Löffler (SAP) wurde zum Vorsitzenden des Unterbezirks Reutlingen des DFV gewählt.

In einer großen Betriebsraterversammlung in Eßlingen sprach Genosse Löffler für den Arbeiterblock und erhielt dabei den Beifall der Betriebsversammlung. Trotz des Widerstandes von SPD-Gewerkschaftsfunktionären und einer persön-

lichen Kampagne gegen Löffler in der SPD-Presse gewinnen die politischen Auffassungen der SAP Boden.

Ein Ausschuß gegen Kulturreaktion wurde in einer vom DFV-Bremen einberufenen Protestversammlung gegen das Verbot der kommunistischen Freidenkerorganisation gebildet. Der SJV und die SAP-Bremens haben weiter eine lebhaft diskussionskampagne mit dem KJVD und der KPD begonnen.

## SPD für Fürstenvermögen

Als in der letzten Sitzung des preußischen Landtags der kommunistische Antrag zur Abstimmung gestellt wurde, der die Enteignung der Fürstentümer forderte, stimmten nicht nur Nationalsozialisten, und das ganze Bürgertum dagegen, sondern mit ihnen auch die Sozialdemokratie. Daß diese Partei selbst in dieser Situation nicht besser zu tun weiß, als das Vermögen der Fürsten zu schützen, ist ein deutliches Zeichen für die völlige Zerrüttung ihrer Politik.

## Sportschau der SAZ

### Arbeiter-Turn- und Sportbund 1. Kreis

Fußballspiele am 19. Juni 1932

Das Hauptinteresse konzentriert sich im 1. Bezirk auf das Spiel Britz 88—Eiche-Bohnisdorf. Eiche-Bohnisdorf hat zur Überwachung aller der Serienspiele bisher gut überstanden. Wacker-Storkow empfängt ASV Neukölln. Im 2. Bezirk wird es sich entscheiden, ob Eintracht oder Hansa 31 den Anschluß an die führenden Adler nehmen wird. Eintracht hat den Vorteil des eigenen Platzes. Der 3. Bezirk ruft seine Freunde zu einem Bezirksspiel in Kirchmöser. Die Bezirksmannschaft, die am Sonnabend nachmittag in Brandenburg ein Werbepokal gegen Brandenburg austrug, dürfte im Spiel gegen Kirchmöser viele Freunde des Arbeiter-Fußballs anlocken. Im 4. Bezirk empfängt Schöneberg den alten Rivalen Friedenau. Hertha-Luckenwalde sollte auch gegen Minerva 28 die Abteilungsleitung behaupten können. Ein umfangreiches Programm haben wieder die Schüler. Wir wünschen nur, daß auch die jungen Freunde aus der Provinz trotz der Fahrgelegenheiten alle ihre Gäste begrüßen können. Der Serienspielplan des Sonntags ist nachstehend ersichtlich:

Anfang: 1. Mannn 16.30, 2. Mannn 14.45, 3. Mannn 12.30, Jugend 10.00 Uhr.

#### 1. Bezirk, Gruppe A.

1. Mannschaften: Britz 88—Eiche-Bohnisdorf (Frohe Stunde); Storkow—ASV Neukölln (Pomplun); Alt-Stahnsdorf—Dolgenbrodt (Storkow).

2. Mannschaften: Britz 88—Eiche-Bohnisdorf (Frohe Stunde); Storkow—ASV Neukölln (Pomplun).

#### Gruppe B.

1. Mannschaften: Kegel—Wacker 30 (Stube).

#### Sportfest in Kalkberge

Werlsee 2—Herz 2 (Kaulsdorf) 14.00; Kaulsdorf 1—Friedersdorf 1 (Werlsee); Wacker 30 2—Werlsee 2 (Friedersdorf) 16.00; Werlsee 1—Herzfeld 1 (Bezirk) 17.00.

#### 2. Bezirk

Gruppe A: Nord—Pankow (Rüstisch, Hansa), Eintracht 84, Hansa (Handke, Adler).  
Gruppe C: Eintracht—Hansa (Pankow), Weißensee—Adler (Bankenburg), Vorwärts—Buch (Weißensee).  
Gruppe E: Weißensee 3—Adler 3 (Pankow); Pankow 3 geg. Hansa 3 (Vorwärts); Bönicke—Saxonia (auslosen).

#### 3. Bezirk, 1. Klasse.

Abtl. Berlin: Bulab—Eistal (Spandau 29). — Abteilung Havel: Ketzin—Allensdorf (Meier, Eistal). — Abtlg. Elber Wittstock—Perleberg (Mübach, Havelberg).

#### 2. Klasse

Abtlg. B. Berlin: Charlottenburg—Drewitz (Eintracht). — Bezirksspiel am 19. Juni in Kirchmöser: Kirchmöser 1—Bezirksmannschaft (Peter, Brandenburg) 17.30. — Pflichtspiel in Großbehritz: Fohde 1—Eintr.-Spandau (Lemme, Freiheit).

#### 4. Bezirk, 1. Mannschaften.

Abteilung A: Schöneberg—Friedenau (Hopfner, Teltow); Hertha—Minerva 28 (Waschulzik, LT. III). — Abteilung B: Kolln—Heide—Volksp. (Pfitzing, Schöneberg); Luckenwalde II—Fichte (Weigt, LT. III); Waltersdorf—Rot-Weiß (Schmedicker, LT. III). — Abteilung C: Jüterbog gegen Brück (Winkelmann, LT. VI); Kl-Zinna—Luckw. 12 (Ebel, Jüterb.); Dahme—Treuenbrietzen (auslosen); Ruhldorf—Luckw. III (F. Niendorf, LT. I).

#### 2. Mannschaften.

Abteilung A: Klausdorf—Luckw. I 3 (Rasack, Ruhldorf); Schöneberg—Friedenau (Scherzinsky, Teltow); Hertha geg. Minerva 28 (Winkler, LT. II). — Abteilung B: Sperenberg—Luckw. V (Kaiser, Waltersd.); Kolln, Heide—Volksp. (Wilhelm, Friedenau); Luckenw. II—Fichte (Fritzsche, LT. VI). — Abteilung C: Dahme—Treuenbrietzen (auslosen), Luckw. III—Janickendorf (Schulze, Zinna).

#### Jugend

Abteilung A: Nowawes—Lichtenh. I (Potsdam) 11.00; Straken—Minerva (Eintr.-Spandau) 11.00; Eintracht—Teltow (Hansa) 13.00. — Abteilung B: Wilmersdorf gegen Adler 08 (Friedenau) 11.00; Schöneberg—Drewitz (Bulab) 11.00; Hansa—Lichtenh. I 2 (Jahnke, Saxonia) 11.00. — Werbepiel in Zossen: Normannia—Borsigwalde (Zossen) 15.00 Uhr.

#### Schüler.

Zossen—Normannia (auslosen) 14.00; Spandau—Adler (Stanken) 11.00; Nowawes—Minerva (Potsdam) 10.00; Eistal—Lichtenberg I (auslosen) 11.00; Werlsee—Schöneberg (auslosen) 11.00; Hansa—Kölln, Heide (Jahnke, Sax.) 11.00; Pankow—Lichtb. II (Rothe, Nord 32) 11.00; Alt-Glietzen—Adler 2 (Saxonia) 13.00; Neuerhagen—Saxonia (Adler) 14.00 Uhr. — Spielfest: Canuth, Cladow, Zehdenick.  
25. Juni: Nowawes—Adler 08 1 (auslosen) 17.00.

## Organisationsnachrichten

### SAP

Bezirksverband Berlin-Brandenburg:

BY-Sitzung Montag, 20. Juni, 19.30 Uhr im Sekretariat, Magazinstr. 12.  
Betriebs- und Gewerkschaftsabteile der Ortsgruppen Zusammenkunft Dienstag, 21. Juni, 19.30 Uhr, im Sekretariat, Magazinstr. 12.  
Zusammenkunft aller SAP-Bankangestellten und Sympathisierender 17. Juni, 19.30 Uhr, im Goldenen Löwen, Jüden-, Ecke Sachsestraße, Montag, 20. Juni.  
Lehrer-Fraktion (AVFD) 19.30 Uhr im Sekretariat, Magazinstr. 12, Dienstag, 21. Juni.  
Ortsgruppe Reinickendorf: Dienstag, 21. Juni, 19.30 Uhr, Hauptstr. 124, Havelbergstr. 1, Versammlung der verschiedenen Hüttenvereine: Hütten- und KPD, SAP, KPD, KPO, Mitglieder des Reichsbanners, der SPD usw. 1. Beginn am diesem Abend stellen KPD und SAP.  
Bundesratstag Sonntag, 1. Juni, in Teltow vor den Toren der Berliner Regattastrecke. 19 Rennen unter Beteiligung auswärtiger Vereine. Während der Rennen gute musikalische Unterhaltung. Eintritt 30 Pf. und 1 Mk. Karten im Sekretariat zu haben. Unterstützung unsere Arbeiterversammlungen haben Mittwoch, 22. Juni, folgende Ortsgruppen: Mitte: Teltow, Friedrichshagen, Kreuzberg, Schöneberg, Treptow, Neukölln, Trepow, Lichtenberg. (Charlottenburg erst Donnerstag)

## Sammet für den Kampffonds der SAP

### SJV

UB Neukölln: Sonntag, 19. Juni, bei schönem Wetter Treffpunkt zur Fahrt 7 Uhr Bahnhof Neukölln, bei schlechtem Wetter ab 17 Uhr im Baum.

Montag, 20. Juni, 19.30 Uhr:

Grünau-Falkenberg: Sportabend.  
Köpenick: Heimabend.  
Mitte-Nord: Gegenwärtige Jugendorganisationen.  
Moabit: Krieg und Pazifismus.  
Neukölln III: Alle Genossen 19 Uhr im Heim.  
Süd-West: Junge und Mädel in der Bewegung.

#### Mitteilungen der BI:

Alle Gruppen müssen umgehend das Monatsprogramm für Juli auf dem Sekretariat abgeben und Referenten anfordern.

Urlaubsfahrt in den Harz 9.—17. Juli. Volle Verpflegung, Fahrgeld, Besichtigungen usw. 25.—RM. Anmeldungen schnellstens an Ernst Sattler, Berlin N 20, Kolonnenstraße 129 v. 1.

Erweiterte Bezirksleitungssitzung mit Referentenschule: Statt der Funktionsversammlung Montag, 20. Juni, 19.30 Uhr, außerordentliche EML mit Referentenschule, Heim, Magazinstr. 12a. Thema: Die rote Einheitsfront und die proletarischen Organisationen. Eintritt nur gegen Mitgliedsbuch und Ausweis.

25.26. Juni in Brieselang: Proletarische Sonnenwende. Wir schwören am Feuer Krieg dem Kriege. Ernst Toller und Kurt Rosenfeld sprechen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Dr. Klaus Zwilling, Berlin, für Inserate: Johannes Hoffmann, Verlag: Siegel Zeitungs-Verlagsges. m.b.H., Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montag.  
Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904.  
Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905.  
Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2.10 und RM 0.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM 2.10 und RM 0.36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2.10 monatlich zurücklich RM 1.30 Porto.  
Inseratenpreise: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.  
Alle Zahlungen sind zu leisten an: Siegel Zeitungs-Verlagsges. m.b.H., Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postcheckkonto Berlin NW 7, Nr. 1539 28.

### Staats-Theater

Oper u. d. Linden

Sonntag, 19. Juni 8 Uhr

Das Rheingold

Montag, 20. Juni 8 Uhr

Cavalleria rusticana

Bajazzi

Schauspielhaus

a. Gendarmenmarkt

Sonntag, 19. Juni u. Montag, 20. Juni 8 Uhr

Jeppe vom Berge

Schillertheater

in der Friedrichstraße

Sonntag, 19. Juni 8 Uhr

Die Räuber

Montag, 20. Juni 8 Uhr

Abschied von der Liebe

### Volkshöhne

Theater u. Bülowpl.

9.1. Nordend 29/4

Sonntag, 19. Juni 8 u. 8 1/2 Uhr

Montag, 20. Juni 8 1/2 Uhr

Die goldene Uhr

Rose-Theater

Große Frankfurter Str. 132

Telefon: 7. Weichsel 3422

Sonntag, 19. Juni 6 u. 9 Uhr

Montag, 20. Juni 8.30 Uhr

Die eiserne Jungfrau

Gartenbühne

Sonntag, 19. Juni 5 Uhr

Konzert u. Varieté

8.15 Uhr

Zigeunerliebe

Montag, 20. Juni 5.30 Uhr

Konzert und Varieté

8.15 Uhr

Zigeunerliebe

### Münz-Theater

Münzstr. 10

Tonfilm-Tageskino

Die 5 verfluchten Gentlemen

und

Weekend im Paradies

Lichtspiele

Lam Stettiner Bahnhof

Invalidenstraße 127

Tonfilm-Tageskino

Der Frechdachs

und

Das entfesselte Afrika

Anfangszeitern Sonntags: 3, 5, 7, 9 Uhr

Pharus Lichtspiele

Müllerstraße 142

Berlin spricht nur von

Frankenstein

(der Film des Gruseins, Packens, Aufregens)

dazu:

Der Sprung ins Nichts

Zirkusfilm mit City Feindt

Wochentags ab 5 Uhr, Sonntags ab 3 Uhr

### Theater des Weddings

Müller- Ecke Sellenstraße

Brigitte Heim, Rudolf Forster

Die Gräfin von Monte Christo

Der

Frauenraub auf Madagaskar

M. I. L. A

Lichtspiel-Palast

Schönhauser Allee 130

Freitag, den 17. Juni, bis Montag

den 20. Juni 1932;

Unser Doppelprogramm

Die aktuelle Tonkomödie

Dazu die Neuaufführung des Nordens

E. A. Duponts Meisterwerk

ATLANTIK

ein erschütterndes Tonfilmwerk mit

Deutschlands größten Filmdarstellern.

Elysium - Lichtspiele

Prenzlauer Allee 56

Der große Sensationsfilm:

Frankenstein

dazu:

Ein süßes Geheimnis

PRATER

Lichtspiele

Kastanienallee 7/9

Hochbahnhof Danziger Straße

Autobus 9

Der aufpeitschende Revolutionsfilm:

Der blaue Expres

dazu: Willy Fritsch, R. A. Roberts

Der Frechdachs

(Sonabend, den 18. Juni, Nachvorstellung.

Sensations Gastspiel: Cumberland,

Hellsehen und okkultistische Experimente

### Das Einkaufshaus für SJV- u. SAP-Genossen

bittet um Solidarität bei Euren Einkäufen

blaue indanthren Sporthemden Mk. 3.95

blaue indanthren Wanderkuten „ 3.95

rote Seldentripstinder „ 75

rote Pioniertiercher „ 20

Schlüpfing, Leder „ 1.75

S.J.V.-Kleiderbroche (handgehämmert) „ 1.-

S.J.V.-Radwimpel (zweiseitig bestickt) „ 2.-

S.J.V.-Koppelschloß (handgehämmert) „ 1.95

Lederkoppel „ 1.25

Schulterriemen „ 1.50

Schulterriemen mit dopp. Karabinenhaken „ 1.75

Schlafsäcke für Jugendherbergen „ 8.-

Zeitbahn „ 9.50

Zeitbahn, extra schwer - „ 19.50

Giebelzelt mit Zubehör, 185 X 160 X 170 cm „ 29.50

Hauszelt mit Zubehör, 185 X 160 X 170 cm „ 29.50

Fahnen und Wimpel für Ortsgruppen mit Parteilabzeichen

und Inschriften werden billigst gestickt. Entwurf ein-

senden und Preis anfordern

Parteilabzeichen, Klassenkampf und Kampfsignal ständig

vorrätig

Verkaufsstelle der „Roten Bücher“

Großes Lager sozialistischer Literatur

Die Päckelstaben, Berlin C 2

Klosterstr. 62 Ecke Stralauer Str.

Geföhnet von 9—19 Uhr

Versand nach auswärt

Versand gegen Nachnahme oder Voreinsendung des

Betrages auf Postcheckkonto Berlin 6632 des Bundes zur

Förderung sozialistischer Werkemeinden E. V., Berlin C 2

### SONNE LUFT HAUS

DIE GROSSE

SOMMERSCHAU AM FUNKTURM

Tägl. Sorderveranstaltungen

geöffnet von 9-20 Uhr

Funkturm, Funkturmgarten, Terrassengarten

und Deutsches Dorf bis 23 Uhr

Ermäßigter Eintrittspreis

für Erwachsene nur . . . . . 1 RM.

für Jugendliche bis zu 18 Jahren 50 Pf.

REUSSIG Cigarette

Fürst Pückler

1a Qualität rein, mild, nur 5 Pfg.

mit den herrlichsten aus Kunststoffe gewobenen Bildern.

Kauft bei unseren Inserenten

Stettin

Feldbäckerei und Konditorei

Gustav Tillaek

Stein, Grenzstr. 19

Tägl. frische Backwaren jed. Art

Kauft Gutscheine

stärkt den

Pressefonds

### KINO-FÜR JEDERMANN

Potsdamer Str. 4, im Voxhaus / am

Potsdamer Platz B) Karl 2334

Marlene Dietrich

in

„Schanghai-Expres“

Der erfolgreiche Tonfilm der Saison,

Uraufwuchenschauspiel und das

große Tonbeispielprogramm.

Jugendliche u. Erwerbslose 0.40 RM.

Tägl. ab 9 Uhr vorm.

Sonntag, ab 3 U. nachm. bis 11 U. nachts

# Die Welle steigt!

## Einheitsfront in Nordhausen, Herford, Stendal

Die intensive Arbeit der Sozialistischen Arbeiterpartei in der Richtung, den einheitlichen Kampfblock der Arbeiterorganisationen im Kampf um die Tagesforderungen herzustellen, trägt jetzt täglich neue Früchte. Wieder liegen Meldungen über den Abschluß von Kampfkartellen vor, von denen wir die folgenden wiedergeben:

### Nordhausen am Harz

Ein vorläufiger Ausschuß der Erwerbslosen und Unterstützungsempfänger hatte zu einer Versammlung aufgerufen, die zu einer Massenkundgebung der Nordhäuser Arbeiterschaft aller proletarischer Richtungen wurde und den festen Willen zeigte, die Einheitsfront zustandezubringen.

Koppen-Merseburg (KPD) rief in äußerst sachlicher Weise zur Einheitsfront auf, und ebnete so den Boden für die weitere sehr lebhaft diskutierte. Reckstat (SPD), der Vorsitzende der hiesigen Eisernen Front stellte unter großem Beifall der Versammlung die Bereitschaft der Eisernen Front fest, Seite an Seite mit der KPD und allen anderen proletarischen Organisationen gegen die Faschisten zu Felde zu ziehen. Schultes (SPD) wies, oft von stärkster Zustimmung unterbrochen, darauf hin, daß es keinen Grund mehr gäbe, der die KPD und die SPD im Kampf trennen könne. Die Republik von Weimar sei erledigt, damit sei

### der Sozialdemokratie die Möglichkeit der Fortsetzung der bisherigen Politik genommen.

Es könne sich nur noch darum handeln, den Faschismus und mit ihm den Kapitalismus auf revolutionärem Wege zu beseitigen. Er brachte eine Resolution ein, die später einstimmig angenommen wurde, und durch welche die Leitungen der SPD, KPD und der Gewerkschaften aufgefordert werden, unverzüglich mit dem Kampfausschuß der Erwerbslosen zur Bildung der Einheitsfront zusammenzutreten zur Abwehr des Faschismus, zur Abwehr des Lohnabbaues, zur Verteidigung der Sozialgesetzgebung, zur Bekämpfung aller Kriegsgefahren. Ferner sprachen noch Weichert (SPD) für die Arbeitersportler, E. Meyer (SAP), Schild (KPD) und andere. Die Versammlung nahm dann noch einstimmig eine Resolution des vorläufigen Kampfausschusses an, die sich gegen die neue untragbare Notverordnung wendet, genaue Forderungen auf Verbesserung der Lage der Erwerbslosen aufstellt und an den Magistrat gerichtet werden soll. Anschließend wurde

der vorläufige Kampfausschuß durch Wahl von 17 weiteren Mitgliedern, unter anderen die Genossen Schild (KPD), Langelitz (SAP), Reckstat und Schultes (SPD), zu einem dauernden umgestaltet.

### Herford

Die Führung der SPD verhält sich zwar gegenüber unserem Bestreben, die Kampffront des Proletariats herzustellen, noch immer passiv, was die Mitglieder aber nicht daran hindert, dem Einheitsfronttruf von sich aus in immer größerem Maße Folge zu leisten. Der letzte Diskussionsabend unter Leitung unseres Genossen Brockmeyer begann mit einleitenden Ausführungen eines SPD- und eines KPD-Redners. Beide wiesen auf die Notwendigkeit hin, dem gerade in Herford in besonderem Maße in Erscheinung tretenden Terror der Nationalsozialisten eine geschlossen handelnde Arbeiterschaft entgegenzusetzen. An der kameradschaftlichen Aussprache nahmen Genossen aus allen drei Richtungen teil. Man wurde dann einig in dem Entschluß,

ein vorläufiges Kampfkartell zu bilden, bestehend aus je zwei Mitgliedern der SAP, KPD und SPD.

Ferner wurde mit Mehrheit beschlossen, zwei parteilose Genossen mit beratender Stimme in die Leitung aufzunehmen. Folgende Entschliebung fand einstimmige Annahme:

„In der Stunde der höchsten Gefahr für den Fortbestand der Arbeiterbewegung erwarten Millionen Arbeiter und Angestellte nach jahrelangen Feiern auf allen Seiten endlich Besseres. Sie fordern von ihren Führern, den unseligen Bruderkampf zu unterlassen, alles Trennende beiseite zu schieben, um so zu schaffen die Begeisterungswelle, auf die Zehntausende von Funktionären warten, um den gemeinsamen Feind, den Faschismus, für immer zu schlagen. Die Anwesenden verlangen, daß alle Schwierigkeiten überwunden werden, damit der Weg frei wird für die proletarische Klassenfront zur Erkämpfung und zum Aufbau des Sozialismus. Die Versammelten beauftragen das von ihnen gewählte Kampfkartell, vorstehende Resolution an alle Organisationen der Arbeiterklasse weiterzuleiten.“

### Stendal

Wie ein Lauffeuer geht die Nachricht durch

die Hauptstadt der Altmark, „die Proleten sind sich einig!“ Es ist

ein Sechserausschuß gebildet,

In dem die Genossen Wisnowsky (KPD), Fanert (Kampfbund), Brochling (SAP), Scheel (SJV), Sanger (Reichsbanner und SPD) und Müller (Freie Turner) gewählt sind. Eine Versammlung, die der Ausschuß veranstaltete, wurde von 600 Proleten besucht. Sie lief ohne jeden Zwischenruf ab. Eine Lawine von hart auftretenden Menschen marschierte nach Schluß die Hauptstraßen entlang. Ein paar Tage später setzte sich der Sechserausschuß wieder zusammen. Dabei ergab sich das schmächtige Schauspiel, daß die Vertreter der Organisationen der Eisernen Front, offenbar auf Befehl der Leitungen, aus dem Ausschuß austraten. Zur Einheitsfront im Massenselbstschutz stehen aber weiter Schulter an Schulter die Proleten der SAP und KPD. Ihr Marsch muß nun über die Parteillusionen der SPD hinweggehen. Wir hoffen, daß die SPD Proleten die Forderung der Stunde besser verstehen als ihre Führer und sie zur Wiedereinrichtung in die Front des kämpfenden Proletariats zwingen.

### Einheitsfront in Premnitz

In einer von der SAP einberufenen und von mehreren hundert Arbeitern aller Parteirichtungen besuchten öffentlichen Versammlung in Premnitz mit dem Thema: „Welches ist der Rettungsweg der Arbeiterklasse?“, in der unter starker Zustimmung der Genossen Karl Frank, Berlin, sprach, wurde nach einer Diskussionsrede des kommunistischen Bezirkssekretärs für Berlin-Brandenburg gegen dessen unbegründete und der Situation durchaus unangemessene Kritik an der Premnitzer SAP die Mitteilung gemacht, daß die Bezirksleitung der KPD bis jetzt die Bildung der Einheitsfront zwischen SAP- und KPD-Genossen am Ort verhindert habe, daß aber jetzt bereits ein Einheitsausschuß bestehe, dem beizutreten sich auch KPD-Arbeiter am Orte bereit erklärt haben. Nach der Versammlung wurden für die SAP fünf Neuaufnahmen gemacht.

## Die KPO jetzt auch für Arbeiterblock

Die KPO veröffentlicht einen Aufruf für ein Kampfbündnis aller Arbeiterorganisationen.

„Alle Organisationen, in denen Arbeiter vereinigt sind, die den Kampf gegen Lohn- und Unterhaltungsabbau, gegen Faschismus und Kriegsgefahr führen wollen, müssen sich zu einem Kampfbündnis zusammenschließen, das befähigt ist, zentrale Aktionen der deutschen Arbeiterklasse gegen den faschistischen Staatstreich zu führen! ... Die gemeinsame Aktion der verschiedenen Abwehrorganisationen der Arbeiterklasse, insbesondere des Reichsbanners, des Kampfbundes gegen den Faschismus, des Sozialistischen Schutzbundes, der Arbeitersportorganisationen ist notwendig! ...“

Es ist unrichtig, wenn die KPO in einem Flugblatt, mit dem sie den Aufruf verbreitet, sagt: „Auf diesen Brief hat keine einzige Organisation geantwortet.“ Die Sozialistische Arbeiterpartei hat vielmehr die KPO verständigt, daß sie sich bereits in ähnlichem Sinne an alle Arbeiterorganisationen gewandt habe, und zunächst deren Antwort abwarten wolle.

Wir begrüßen, wenn jetzt auch die KPO den Arbeiterblock fordert, nachdem vor Monaten bereits der Leninbund und die SAP vorangegangen waren, während zum Beispiel die „Arbeiterpolitik“ den Aufruf des Parteivorstandes der SAP vom 13. Mai, für den Arbeiterblock, noch am 26. Mai als „zentristische Schlaumerei“ klassieren zu müssen glaubte.

In dem Aufruf der KPO wird jetzt auch die von der SAP immer geforderte notwendige Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit der Abwehrorganisationen unterstrichen, während uns wieder die „Arbeiterpolitik“ deswegen in der PKW-Frage noch vor vierzehn Tagen eifrig als angebliche Saboteure der Einheitsfront verschimpfte. Wir begnügen uns, das festzustellen, und halten uns aber jetzt lieber an die neu gewonnenen positiven Einsichten der KPO.

Einem kartellmäßigen Zusammenwirken der genannten Organisationen für die Verwirklichung des Arbeiterblocks steht nichts im Wege.

# „Eiserne“ Einheitsfrontsabo'age

Der Holzarbeiterverband, Berlin, gab in seiner Quartalsversammlung den Rechenschaftsbericht. Die Lage für die Holzarbeiter ist eine einzige Katastrophe. Der Bevollmächtigte Freigang berichtete, daß 29 000 Berliner Holzarbeiter (das sind über 80 Prozent) arbeitslos gemeldet sind. Die Zahl wäre seit April zwar um 2500 zurückgegangen, aber nur, weil Tausende von arbeitslosen Holzarbeitern wegen völliger Ausichtslosigkeit, Arbeit zu bekommen, nicht mehr stempeln gehen. Die Mitgliederzahl des DHV. ist im letzten Quartal wieder stark zurückgegangen, und zwar um 2683 Mitglieder.

Das alles wäre doch gewiß Grund genug, um endlich auch die verbohrteste reformistische Verbandsleitung zur Aenderung ihrer Taktik zu veranlassen. Sie müßte doch sehen, daß die Taktik des Nurgewerkschaftertums mit blindwütiger Ausschlußpraxis gegen alle oppositionell-revolutionären Kollegen zum Ruin geführt hat. Einheitliche Klassenfront ist daher das Gebot der Stunde.

Doch wie weit die DHV-Bürokraten von der Erkenntnis entfernt sind, daß es hier um die Existenz nicht nur der Gewerkschaften, sondern der ganzen Arbeiterklasse geht, das beweist der „Vorwärts“-Bericht über die Holzarbeiterversammlung. Da heißt es:

„Die Diskussion wurde von den wenigen kommunistischen Delegierten, die es in der Berliner Generalversammlung der Holzarbeiter noch gibt, in widerlicher Weise zur Propaganda für die „Einheitsfront“, wie sie von der KPD verstanden wird, ausgenutzt.“

Die kommunistischen Demagogen wurden aber in einer Weise entlarvt, die sie sicherlich nicht erwartet hatten. Zu einem von ihnen eingebrachten Antrag, der die Herstellung der Einheitsfront forderte, wurde ein Zusatzantrag eingebracht, der die Delegierten verpflichtete, für die Verbreiterung der wirklichen Einheitsfront der Eisernen Front Sorge zu tragen. Gegen diesen Zusatzantrag stimmten etwa 20 Kommunisten, denen dann unter dem Hohngelächter der Versammlung sichtlich unangenehm zumute wurde.“

Es ist ein für die ganze Arbeiterbewegung tiefbeschämendes Bild, das sich hier darbietet. Die hässliche Schadenfreude der Gewerkschaftsbürokraten über ihren gelstlosen Trick ist unglaublich dumm. Gewiß verdient die RGO-Einheitsfront, so, wie sie bisher geführt

wurde, scharfe Kritik. Aber die „Eisernen Front-Apostel“ verhindern mit ihrer parteigegonistischen Politik noch viel schlimmer als die RGO jeden Kampf und erst recht die einheitliche Klassenfront.

Der gestrige „Abend-Vorwärts“ hat ebenfalls auf den Beschluß der Belegschaft des Kabelwerks Oberspreewitz für ein Zusammengehen aller Arbeiterparteien und Organisationen nur die Antwort:

„Es gibt nur eine Einheitsfront der Arbeiterklasse, das ist die „Eiserne Front“.“

Die „Eiserne Front“ ist eine rein sozialdemokratische Parteifront. Jeder Arbeiter, auch der sozialdemokratische, der die wirkliche Klassenfront gegen den Faschismus will, muß gegen diese Sabotage der Einheitsfront durch die Gewerkschaftsbürokratie mit aller Energie kämpfen.

### Streiksetzerstreik in Herzfelde

Auf der Baustelle Tasdorf-Herzfelde, auf der für die Provinzialverwaltung Brandenburg durch die Streiksetzfirmen Neugebauer, Manigal und Wilcke Nachf. 3,8 Kilometer Kleinpflaster verlegt wird, sind rund hundert Mann dieser Firma in den Streik getreten. Sie fordern mehr Lohn. Die Firma hat den Schlichtungsausschuß angerufen, weil das ein „wilder“ Streik wäre. Der Schlichtungsausschuß hat auch sofort die Arbeitsämter Altlandsberg-Süd, Herzberge und Kalkberge aufgefordert, Arbeitskräfte, d. h. Streikbrecher, zu vermitteln. Das ist ein Skandal. Kein Arbeiter darf sich dazu hergeben. Deshalb, Streiksetzer, laßt euch nicht nach Herzfelde vermitteln, verhindert Streikbruch.

### Streik in Oberschlesien

TU. Kattowitz, 17. Juni 1932

Die Belegschaft der Bismarck-Hütte ist am Donnerstag in den Streik getreten, weil die Akkordlöhne von der Verwaltung ohne Verhandlungen mit den Gewerkschaften herabgesetzt wurden. Bei der Lohnzahlung mußten die Arbeiter die Feststellung machen, daß die bisherigen Löhne bis zu 50 v. H. gekürzt worden sind. Die Arbeiter der Falva-Hütte sind am Donnerstag ebenfalls in den Streik getreten. Auch auf der Uthemann-Hütte in Schoppinitz steht seit Mittwoch die 900 Mann starke Belegschaft im Streik.

## Fritz Rück ausgeschlossen

Der Parteivorstand hat den Genossen Fritz Rück aus der Partei ausgeschlossen und diesen Beschluß durch folgendes Schreiben an Rück mitgeteilt:

Werte Genosse Rück! Der Parteivorstand hat sich in seiner Sitzung vom 16. Juni mit Deinem parteischädigenden Verhalten beschäftigt und einstimmig Deinen sofortigen Ausschluß aus der Sozialistischen Arbeiterpartei beschlossen.

Der Parteivorstand kam zu dieser außerordentlichen Maßnahme auf Grund der Tatsache, daß Du Dich bei Deiner von den Parteibeschlüssen abweichenden Stellungnahme nicht auf eine Kritik innerhalb der Partei beschränkt, sondern zur Verfolgung Deiner Zwecke Verbindung mit anderen Parteien aufgenommen hast. Es steht außer Zweifel, daß Du damit die SAP bewußt zerstören und Teile von ihr abspalten willst. Dafür liefert der von Dir veranlaßte, sogenannte „Offene Brief“ der Nürnberger Ortsgruppe und dessen Zuleitung an die Presse der KPD und KPDO den eindeutigen Beweis.

Der Parteivorstand der Sozialistischen Arbeiterpartei.

Dieser Beschluß wird in unserer Partei niemand, am allerwenigsten den Genossen Rück überraschen. Rück hat seit Monaten erkennen lassen, daß seine Kritik an der Politik der Partei nicht von dem Bestreben geleitet war, die Partei — wenn auch nach seiner Auffassung — zu fördern und zu stärken, sondern nur sie zu zerstören und sich der KPD anzubiedern. Er provozierte jetzt bewußt seinen Ausschluß, indem er mit allen Regiekünstlern in der Nürnberger SAP-Ortsgruppe — allerdings mit ganz knapper Mehrheit — einen sogenannten „Offenen Brief“ annehmen ließ, in dem nicht nur entgegen dem ausdrücklichen Beschluß des Parteivorstandes, sich mit eigenen Listen an der Wahl zu beteiligen, Stimmabgabe für die KPD propagiert, sondern auch zum Uebertritt zur KPD aufgefordert wird.

Da Rück versucht, ehrliche Genossen der Sap, die seine Unzuverlässigkeit noch nicht kennen, ebenfalls in Gegensatz zur Partei zu bringen, so ist es notwendig, hier einiges über seine Vergangenheit und seinen Charakter zu sagen. Rück war von Anfang an in der KPD, wo er bei allen seinen Fähigkeiten wegen seiner Unzuverlässigkeit bekannt war. Von 1924 ab stand er stimmungsgemäß in Opposition gegen die ultralinke KPD-Führung und gehörte der Brandlerfraktion an, wo er 1928 zu schärfstem Vorgehen drängte. Doch als es darauf ankam, zu stehen, schrieb er damals am 10. Dezember 1928 an Thalheimer einen Brief, in dem es heißt:

„... Das Geschwätz über Parteidemokratie, mit dem noch jede Gruppe ihre Lösung begonnen hat, und das auch ihr — etwas besser formuliert und historisch untermauert — begonnen hat in dem Moment, wo Stalin Euch spüren ließ, daß er zu allen anderen Schwierigkeiten nicht auch noch selbständige überlegene Köpfe in der Führung der Komintern brauchen kann, ist doch zu wässrig und blöd.“

Der Gedanke ist der Mann! Ueber einen Menschen, der zynisch das Prinzip proklamiert, eine revolutionäre Bewegung könne leben, die bewußt und planmäßig klare Köpfe und charakterfeste Menschen ausmerzt — über einen solchen Menschen kann sich jeder seinen Vers selber machen.

Rück hat dann jeden weiteren Kampf in der KPD aufgegeben, weil, wie er selbst sagte, er sonst keine Artikel mehr in der kommunistischen Presse unterbringen könne. Als er aber auch damit Schwierigkeiten bekam, ließ er seine Mitgliedschaft in der KPD verfallen, d. h. er zahlte keine Beiträge mehr und — biederte sich durch Crispian beim „Vorwärts“ als Mitarbeiter auf Zeilenhonorar an. Zu diesem Zweck trat er in die SPD ein. Solange er in der SPD war, hat er zu allen reformistischen Taten geschwiegen. Ja, er brachte es — aus geschäftlichen Gründen — fertig, in einem unter seinem Namen erschienenen Buch „Wedding“ die sozialdemokratische Kommunalpolitik in Berlin zu verherrlichen.

Erst nach der Gründung der SAP entdeckte er wieder sein „revolutionäres“ Herz und trat in die Partei ein. Da es an journalistischen und rednerischen Kräften fehlte, fand er in der „SAZ“ und als Versammlungsredner reichliche Tätigkeit. Man konnte annehmen, daß er sich nun in der SAP bemühen wird, seine Charakterchwächen abzustreifen und ehrlich mitzuarbeiten. Das schien auch so bis — er erkennen mußte, daß er in der SAP nicht die Perspektiven hatte, die er sich erträumte. Von dem Augenblick an entwickelte er sich zum stalintreuen Kommunisten.

Das ist seine „revolutionäre Prinzipienreinheit“. Er hat der Partei viel geschadet, hat viele Genossen verwirrt und irregeleitet. Er hat es leider auch verstanden, am Anfang den Parteivorstand zu täuschen. Heute aber, wo man seine Charaktereigenschaften klar erkennen kann, muß sich jeder wirkliche Revolutionär von ihm abwenden. Auch die KPD wird keine Freude an ihm haben, wenn sie ihn überhaupt aufnehmen sollte.

# Wohin geht die Reise?

## Der Wirtschaftskurs der Papenheimer

Es ist in hohem Maße bezeichnend, daß der Monokelklub, der auf dem breiten Rücken eines Greises die Kommandobrücke des Reichsschiffes erklettert hat, sich in seiner ersten Erklärung im wesentlichen darauf beschränkte, eine schmetternde Fanfare gegen „Staatssozialismus“ und „Wohlfahrtsstaat“ zu halten. Das enthielt der Verpflichtung, zugleich auch etwas über die Pläne zu verraten, nach denen man — um mit Papen zu reden — den Kampf für „den seelischen und materiellen Aufbruch der Nation“ zu führen gedenkt. Da nun diese Kamarilla junkerlicher Gesandter nicht erst von gestern auf heute entstanden ist, sondern zumindest seit Monaten auf der Lauer lag, so kann unmöglich angenommen werden, daß derartige Pläne etwa nicht bestehen. Eine solche Entschuldigung mag allenfalls eine Regierung für sich in Anspruch nehmen können, die nicht aus eigenem Willen, sondern lediglich als eine Verlegenheitslösung auf die Bildfläche tritt. Das trifft nun für die Papen-Schleicher-Kamarilla in keiner Weise zu. Ausdrücklich ist sie mit dem Anspruch auf den Plan getreten, mit der „Mißwirtschaft der Parlamentsdemokratie“ aufzuräumen und „den Kampf für die seelische und wirtschaftliche Gesundung der Nation, für die Wiedergeburt des neuen Deutschland“ zu führen. Und da dies mit der bloßen Anrufung Gottes erfahrungsgemäß nicht zu bewerkstelligen ist, so bleibt nur die Schlußfolgerung, daß das Direktorium vorzieht, die Öffentlichkeit über seine wahren Absichten im Dunkeln zu lassen, wozu es allerdings auch triftige Gründe besitzt.

Inzwischen haben sich ja die Herren wohl bequem müssen, den Schleier von ihrem Sphinxgesicht etwas vorzeitig zu heben. Sie brachten die Notverordnung heraus, die Brüning im Konzept schon fertig hatte, nachdem allerdings zuvor daran noch einige sehr saftige Korrekturen im Sinne ihres dem „Wohlfahrtsstaat“ erklärten Kampfes vorgenommen worden waren. Es kann also nun keine Unklarheit mehr darüber bestehen, wohin die Reise unter dem Schleichergeneral geht, und daß, wenigstens was die Sozialpolitik angeht, Brüning von der Regierungskutsche nur darum heruntergeworfen wurde, weil den Schlotbaronen und Krautjunkern Brüning einen noch viel zu langsamen Trab angeschlagen hatte. Das aber erschöpft offenbar bei weitem noch nicht die Beweggründe, die diese Monokelgesellschaft bestimmten, sich selber als Regierung zu etablieren. Die Pläne gehen viel und unendlich weiter, als nur aus der Kriegserklärung gegen „Staatssozialismus“ und „Wohlfahrtsstaat“ entnommen werden könnte.

Einiges darüber hat inzwischen einer der freiherrlichen Minister, der als „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft“ firmiert, v. Braun, in der Vollversammlung des Landwirtschaftsrates ausgeplaudert. Braun, der nach seinem eigenen Zeugnis zu denen gehört, „die in der Mutter Erde den Urgund alles Werdens erblickten, den der Mensch zu verehren hat“, entwickelte vor diesem Forum nur auf die Erhaltung ihres Eigentums bedachter Großgrundbesitzer die „Grundzüge der künftigen Agrarpolitik der Reichsregierung“, wobei er sogleich einleitend versicherte, „daß die ganze Schwere der Verantwortung seines Amtes ihm durch das Bewußtsein erleichtert werde, daß sämtliche Mitglieder des Reichskabinetts mit ihm die gleiche Einstellung der deutschen Landwirtschaft gegenüber hätten“. Es handelte sich also nicht um die persönlichen Auffassungen des Freiherrn v. Braun, sondern eben um jene Pläne, die in Neudeck im Kreise des Januschauers ausgeheckt wurden und die in der Folge die Wirtschaftspolitik in Deutschland entscheidend bestimmen.

Worauf laufen nun diese Pläne hinaus? v. Braun hatte die Freundlichkeit, hierüber ebenso offen zu reden wie das Gesamtkabinet in seiner ersten Erklärung. „Eins der Ziele der Agrarpolitik“, also v. Braun, „muß die Schließung der Preisschere sein. Mit speziellen Agrarmaßnahmen allein ist dies nicht möglich. Insbesondere hängt die Beeinflussung der industriellen Produktionskosten in stärkstem Maße zusammen mit den Gesamtfragen unserer Wirtschaft“. In verständliches Deutsch übersetzt heißt das, daß v. Braun in erster Linie und vor allem eine Korrektur der Agrarproduktionspreise nach oben und somit neue Absperrungs-Maßnahmen gegen das Ausland fordert. Das ergibt sich auch aus den weiteren Ausführungen v. Brauns über das Problem der Autarkie. Hierzu meinte er, „daß selbstverständlich keine Rede davon sein könne, uns völlig von der Welt loszulösen“, wobei der Ton ganz offensichtlich auf das Wörtchen „völlig“ gelegt wurde, denn, so fügte er hinzu: „die alten Methoden der Handelspolitik, die eine ausgeglichene Weltwirtschaft zur Voraussetzung gehabt hätten, mit dem System der allgemeinen Meistbegünstigung, würden bei den heutigen Zeiten, bei der völlig veränderten Struk-

tur der Weltwirtschaft unsern Interessen nicht mehr gerecht“. Das von Braun aufgestellte Ziel ist also nicht mehr und nicht weniger als ein vollkommener Umsturz in der Handelspolitik, wobei in den Mittelpunkt nicht mehr die Aufrechterhaltung der industriellen Exportmöglichkeiten, sondern einzig und allein der Schutz der Landwirtschaft, d. h. praktisch des Großgrundbesitzer zu rücken ist. Demgemäß kündete v. Braun auch bereits einige Maßnahmen an, mit denen er das gesteckte Ziel erreichen will. „Auf dem Getreidegebiet müsse für eine unskömmliche Verwertung der kommenden Getreidernte durch das Zusammenwirken von handelspolitischen und finanzpolitischen Maßnahmen gesorgt werden“, was nur bedeuten kann, daß neben einer weiteren Abhängung des deutschen Getreidemarktes vom Weltmarkt noch an neue finanzielle Zuwendungen aus den Kassen des Reichs gedacht ist. Das von Braun hierüber zunächst noch ausgebreitete Geheimnis wird schon demnächst gelüftet werden, denn „in aller Kürze werde er auf diesem Gebiet Klarheit schaffen“.

Die Sorgen v. Brauns gelten indessen nicht nur dem Getreidemarkt, sondern nicht minder der Veredelungswirtschaft, denn „auf den Märkten der Veredelungsprodukte sei die Lage katastrophal. Die Reichsregierung müsse daher der gesamten Veredelungsproduktion ihr besonderes Augenmerk schenken, da es sich hier um eine Existenzfrage für den deutschen Bauer handelt“. Die von Braun festgestellte Tatsache ist allerdings nicht zu leugnen. Die Lage der agrarischen Veredelungsproduktion ist in der Tat katastrophal, nur verdankt sie dieses Schicksal, was v. Braun vorsichtigerweise allerdings verschwiegen, gerade den unter Schiele errichteten hohen Getreidezollmauern. Diese vor allem haben die ersten, mit viel zu großer Verspätung eingesetzten Bestrebungen zur Umstellung der Landwirtschaft auf die Veredelungsproduktion in ihren ersten Keimen erstickt und damit über diese Teile der Landwirtschaft das Schicksal heraufbeschworen, das jeder Einsichtige schon von Beginn des neudeutschen Hochschutzzollkurses vorausge-

sagt hat. Statt nun hieraus die einzig richtige Folgerung zu ziehen, daß es höchste Zeit ist, den unter Schiele eingeschlagenen verhängnisvollen Weg endlich abzubrechen, sieht v. Braun das Heil in der verschärften Fortsetzung gerade dieses Weges.

Wohin dieser Weg aber führt, darüber kann nirgends Unklarheit bestehen: die Kosten der Lebenshaltung werden unvermeidlich scharf ansteigen und gleichzeitig wird der industrielle Export Deutschlands weiter erheblich eingeschränkt werden. Die Aushungerung und Ausplünderung geht also in verschärftem Tempo weiter. Das sind die Gaben, die das neue Kabinet der Landwirtschaft in Aussicht stellt, wobei selbstverständlich die bisherigen Subventionen in unvermindertem Umfang weiterfließen.

Doch außer den Krautjunkern erwarten auch die Schlotbarone einen gedeckten Tisch, an dem sie sich mästen können. Nachdem die Brüning-Regierung ihr fürstliches Millardengeschonk schon im Februar dieses Jahres zu Füßen der pleiten Bankfürsten deponiert hat, wollen sie nicht länger des Segens harren. Nicht umsonst haben sie persönlich in dem Kabinet Platz genommen. Ueber diese Zusammenhänge herrscht vorläufig noch großes und tiefes Schweigen. Informierte wollen aber wissen, daß die Pläne hierzu bereits ihrer Vollendung entgegengehen und daß eine Reihe von Konzernen ihre Ansprüche bereits angemeldet hat. Der Hapag-Lloyd-Konzern beispielsweise tut dies sogar öffentlich. In seinem jüngsten Geschäftsbericht verweist er eindringlich auf die Gefahren, die seinem Unternehmen drohen, „wenn der kaum noch zu überbietende Protektionismus in fast allen schiffahrtstreibenden Ländern fort dauert“ und erblickt die einzig mögliche Rettung darin, daß er sich selber unter die Protektion des Staates begibt: „In diesem Fall würden die Reedereien gezwungen sein, in Zukunft die Unterstützung der öffentlichen Hand in Anspruch zu nehmen“. In Wirklichkeit ist dieser Schiffahrtstrust bereits seit geraumer Zeit Kostgräber des Reichs. Einmal ist ihm in diesem Jahre ein Ueberbrückungskredit im Betrage von 8 Mill. RM. von der

Reichskreditanstalt eingeräumt worden, dann hat das Reich eine Garantie für die Bankschulden des Konzerns in Höhe von 70 Mill. RM. übernommen, und schließlich fließen ihm auch beträchtliche Summen aus den 20 Mill. RM. zu, die das Reich als Abwrackprämien der deutschen Schifffahrt zur Verfügung gestellt hat. Offenbar genügen diese fetten Gaben auf Kosten der Öffentlichkeit den hungrigen Reedern noch nicht. Sie beanspruchen mehr, und es besteht kein Zweifel, daß sie dieses Mehr auch bekommen. Was aber dem Hapag-Lloyd recht ist, erscheint den andern Konzernen nur billig. Auch an ihnen nagt der Wurm der Krise, und auch sie können sich nur noch über Wasser halten, wenn das Reich ihnen mit vollen Händen gibt. Das ist es ja auch, was sie von diesem Kabinet erwarten und — wie die Dinge liegen — auch zuversichtlich erwarten können.

Auch das ist keineswegs alles. In seiner ebenfalls vor dem Landwirtschaftsrat gehaltenen Rede sprach Papen u. a. den Satz:

„Die Verantwortlichkeiten, die mit der gottgewollten organischen Regelung der Dinge erwachsen, müssen wieder aufgerichtet, die Verbundenheit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder hergestellt werden.“

Das klingt etwas mystisch, ist aber darum doch kaum mißverständlich: die „gottgewollte Regelung der Dinge“ ist nämlich nichts anderes als der Zustand der „freien direkten Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“, ist ein Zustand, in dem für Tarifverträge kein Platz und der Unternehmer wieder unumschränkter Herr im Hause ist. Die „gottgewollte Regelung der Dinge“ ist ferner der Zustand, in dem es kein Sozialversicherungssystem gibt, in dem die Besitzenden Herren, die Nichtbesitzenden Knechte sind, ist der Zustand, wo der Staat ausschließlich für die Satten, für die Hungernden aber eine Gefängnisanstalt zu sein.

Will das Proletariat diese Reise mitmachen? Es will es nicht und es wird darum — wir glauben deutlich die Zeichen des erwachenden Entschlusses zu sehen — den Papen-Schleicher einen Strich durch die Rechnung machen. Das Proletariat ist hierzu auch imstande, wenn es unabhängig von allen Meinungsverschiedenheiten dem gemeinsamen Feind gemeinsam die Faust zeigt.

## Der Hunger-Feldzug gegen die Erwerbslosen Gewerkschaften in Gefahr

Wie ungeheuerlich der Raubzug ist, der durch die neue Notverordnung an den Erwerbslosen vorgenommen wird, beweist ein Vergleich der neuen und der bisherigen wöchentlichen Unterstützungssätze für Erwerbslose ohne zuschlagsberechtigte Angehörige. Diese Sätze betragen:

Lohnklasse	in Orten			
	Bisher	Ab 27. Juni 1932	der Son- mit mehr mit weniger derklasse als 10 000 Einw.	
I	5,60	5,10	5,10	4,50
IV	8,82	8,40	7,20	6,—
VIII	12,67	9,90	8,40	7,20
XI	18,90	11,70	9,90	8,40

Nach dieser Aufstellung betragen also die niedrigsten Abstriche 5 Prozent (in der Orts-sonderklasse bei Lohngruppe IV).

Die höchsten Abstriche (in Lohnklasse XI bei Orten mit weniger als 10 000 Einwohnern) betragen 56 Proz.!

Das heißt mehr als die Hälfte der kargen Erwerbslosenunterstützung wird mit einem Federstrich gestrichen!

Aber noch ungeheuerlicher ist die Wirkung der Bedürftigkeitsprüfung nach sechs Wochen. Ein Arbeiter zum Beispiel, der 65 M. Wochenlohn verdient, also zur Lohnklasse XI gehört, zahlt in einem Jahre  $52 \times 4,10 = 213,20$  M. Erwerbslosenunterstützung. Er hat aber nur, falls er in einem Ort mit weniger als 10 000 Einwohnern wohnt, einen Anspruch auf  $6 \times 8,40 = 50,40$  M. Falls dann die Bedürftigkeit verneint wird, hat er 162,80 M. mehr bezahlt, als er empfängt, falls er nach einjähriger Beschäftigungsdauer erwerbslos wurde. War er vor seiner Erwerbslosigkeit länger beschäftigt, so vergrößert sich dieser Betrag ganz erheblich. Das heißt also,

die Erwerbslosen-„Versicherung“ ist in vielen Fällen faktisch zu einer neuen, ganz ungeheuerlichen Lohnsteuer geworden!

Aber die Papen-Regierung will selbst dabei nicht haltmachen. Sie will den Arbeitern den letzten Halt im Kampf gegen die heranrollende neue Lohnabbauwelle nehmen. Das Reichsarbeitsministerium erwägt bereits den Plan,

die von den Gewerkschaften an ihre Mit-

glieder gezahlten Erwerbslosen-Unterstützungen auf die öffentlichen Unterstützungen anzurechnen!

Auf diese Weise würden die gewerkschaftlichen Unterstützungen in eine Steuer zugunsten des Reiches umgewandelt. Zugleich würde in der gegenwärtigen Lage ein gefährlicher Stoß gegen den Bestand der Gewerkschaften geführt, weil sich diejenigen Gewerkschafts-Mitglieder, die vorher mit der Zahlung der gewerkschaftlichen Unterstützungen rechneten, sich geprellt fühlen und ihren Unmut gegen die Gewerkschaften selber kehren würden.

Gegen diesen Plan, die Mittel der Gewerkschaften zugunsten einer nationalen Staatsgewalt zu beschlagnahmen, muß die ganze Kraft der Arbeiterklasse und vor allem der Gewerkschaft selbst mobilisiert werden.

### 21 Prozent Lohnabbau in der Rheinschifffahrt

Der berüchtigte Schlichter Dr. Joetten, Köln, hat für die Rheinschifffahrt eine Reihe von Schiedssprüchen gefällt. Die Rahmentarife für die Matrosen wie für Kapitäne und Maschinisten sehen „Beseitigung aller Sondervergütungen und Einzelzuschläge“, sowie „angemessene Ermäßigung des Urlaubs“ vor. Die Gehälter der Kapitäne und Maschinisten werden um 18 Prozent, die Löhne der Matrosen um 21 Prozent, von 38,40 auf 30 Mark pro Woche gekürzt.

### Neuer Lohnraub bei den Speditonsarbeitern

Die Lohnräuberei bei den Berliner Speditonsarbeitern übertrifft alles andere. Seit zwei Jahren gibt es immer nur ganz kurze, meist nur auf 2 bis 3 Monate befristete Lohn-tarife. Bei jedem Tarifablauf gibt's Abbau um 6, 10, 15, 12 Prozent. Jetzt ist ein neuer Schiedsspruch gefällt, der wieder 6 Prozent Abbau vorsieht. Die Unternehmer fordern aber 10 Prozent und lehnen deshalb selbst diesen Schiedsspruch ab.

Und der Gesamtverband? Er empfahl durch seinen Angestellten Klose „trotz aller Bedenken“ die Annahme des Schiedsspruches. Die Speditonsarbeiter sind unter einer der-

artigen reformistischen Führung so zermürdet, daß sie leider dem Vorschlag zustimmten. Zum Schluß wird von der Verbandsleitung gesagt: „Man sei entschlossen, falls die Unternehmer unnachgiebig bleiben, den Spieß umzudrehen.“ Abgesehen von der Lächerlichkeit dieser Drohung, wird hier zugegeben, daß ein Kampf möglich ist. Warum dann nicht gegen jeden Lohnabbau, sondern nur dann, wenn mehr als 6 Prozent abgezogen werden?

### So wirkt die neue Klassensteuer

Auf den provozierenden Klassencharakter der neuen, durch die Papensche Notverordnung eingeführten Steuer, die verschämt als „Abgabe zur Arbeitslosenhilfe“ bezeichnet wird, ist bei Besprechung der Notverordnung hier sofort hingewiesen worden. Genau besehen ist sie einfach ein Zuschlag zu der vor einem Jahr eingeführten Krisensteuer, die ebenfalls schon einen empörenden Klassencharakter trug. Ein bewußtes soziales Unrecht wird also noch entsprechend gesteigert. Wie sich dies praktisch auswirkt, zeigen folgende Beispiele, wobei von einer verheirateten Person mit zwei Kindern ausgegangen wird: Unter I sind die Arbeitslosenabgaben für Lohn- und Gehaltsempfänger, unter II die Krisensteuer für selbständige Gewerbetreibende und unter III dieselbe Belastung für selbständige Landwirte angeführt:

Monatseinkommen	I	II	III
Mark			
50	0,75	—	—
100	1,50	—	—
130	3,25	—	—
150	3,75	1,12	—
300	7,50	2,25	—
500	19,—	5,—	—
800	46,—	12,—	2,25
1000	57,50	15,—	5,—

So sieht die „nationale Konzentration“ im Lichte der Steuern aus!

Amtlich wird mitgeteilt: „Unter dem 18. Juni 1932 sind die Durchführungsverordnungen für die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe erlassen worden. Es sind zwei Verordnungen erschienen, einmal für die Abgabe von denjenigen Steuerpflichtigen, die die Abgabe an die Finanzämter zu entrichten haben und eine entsprechende Verordnung für den Einzug durch die Krankenkassen. Das Einzugsverfahren durch die Krankenkassen schließt sich eng an die Erhebung der Beiträge zur Kranken- und Arbeitslosenversicherung an. Die Regelung der den Krankenkassen für ihre Tätigkeit zu zahlenden Vergütung erfolgt besonders.